

11. Juni

5/2020

www.landtag-mv.de



+++ Regierungserklärung zur Bewältigung der Corona-Krise +++ Kein doppelter Rundfunkbeitrag +++ Enquete-Kommission kann loslegen +++ 75 Jahre Frieden! +++ 30 Jahre Schloss – Walter Goldbeck +++ Das persönliche Dutzend – Philipp da Cunha +++ Bienen-Quiz +++



Titelfoto: uwe Sinnecker

3		Gastkommentar
4 - 10	AUS DEM PLENUM	Regierungserklärung der Ministerpräsidentin des Landes MV zur Bewältigung der Corona-Krise
	Original-Debatte	Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD), Nikolaus Kramer (AfD), Torsten Renz (CDU), Simone Oldenburg (DIE LINKE), Thomas Krüger (SPD)
11 - 18	Berichte	Elterngeld: AfD fordert Verbesserungen Kein doppelter Rundfunkbeitrag Enquete-Kommission beschlossen 75 Jahre Frieden! Keine Pflege á la Elternzeit
19 - 21	Meldungen	Neue Spitze am Verfassungsgericht Unterschriften auf dem Prüfstand Finanzausgleich ändert ÖPNV-Gesetz Unikliniken errichten Krebszentrum Mehr Mitsprache beim Strategiefonds Mehr elektronische Verwaltung Kita-Fachkräfte: Bedarf wird analysiert Zu wenig Daten für Schutzschirm AfD fordert Sparkurs
22	Gesetzgebung	Laufende und abgeschlossene Gesetzgebung
23	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	Polizeibeamter sagt aus Corona-Tests im Landtag
24 - 25	Das Schloss vor 30 Jahren	Maler, Räume, Arbeitsplätze
26 - 27	PANORAMA	Das persönliche Dutzend Bienen-Quiz
28	Chronik	

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Anna-Maria Leistner

Layout: Uwe Sinnecker

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten. Redaktionsschluss 22.05.20

Glaubwürdigkeit



Foto: ZDF/Rico Fossival

Bernd Mosebach ist Leiter des ZDF-Landesstudios Mecklenburg-Vorpommern und Mitglied im Vorstand der Landespressekonferenz

■ Im dritten Stock des Schlosses treffen die ersten Gäste ein. Jahresempfang der Landespressekonferenz. Festredner Rainer Prachtl streckt mir seine Rechte zur Begrüßung entgegen, seine Frau ebenso. Warum nicht? Landrat Stefan Sternberg taucht auf. Als Willkommensgruß bietet er seinen Ellenbogen an, kein Handschlag, bitte. Noch sind die Regeln unklar. 60 Menschen auf Tuchfühlung in einem Raum, ob das gut geht? Corona kommt auf uns zu. Es ist der 10. März 2020. Ein paar Tage später schließen Betriebe, Zoos, Geschäfte, Schulen, Kitas, Hotels, Schwimmbäder, Gerichte, Museen, Theater, Kinos, Verwaltungen, der Landtag.

arbeit, Home-Office und Hilfspakete, den Milliarden Schaden für den Tourismus, die Werften und den Einzelhandel, geschlossene Grenzen, Hygieneregeln und Verbreitungsketten. Und stellen uns immer wieder die Frage: Berichten wir zu viel oder zu wenig, dramatisieren oder bagatellisieren wir, Over-Kill oder Info-Pflicht? Die Antwort geben unsere Zuschauer: Das Bedürfnis nach Aufklärung, Einordnung und Information ist gewaltig. Wir versuchen, dieses Bedürfnis umfassend, ausgewogen und seriös zu befriedigen. Umfragen sagen, dass die Glaubwürdigkeit der öffentlich-rechtlichen Anbieter sowie der regionalen und überregionalen Qualitätszeitungen und

nicht mehr statt, auch die LPK musste ihre wöchentlichen Pressekonferenzen vorübergehend einstellen. Dafür bot die Staatskanzlei regelmäßig Pressestatements an, übertragen im Netz und moderiert vom Regierungssprecher. Nachfragen meist möglich.

Es ist eben auch eine Hoch-Zeit der Exekutive, der Regierung, der Landräte oder Bürgermeister. Die Parlamente kochen auf Sparflamme, die Opposition muss lauter rufen, um gehört zu werden. Immerhin tritt das Landesparlament am 1. April zusammen, um über den Nachtragshaushalt abzustimmen, der um millionenschwere Wirtschaftshilfen angestockt wird. „Das Parlament muss auch in schwierigen Zeiten handlungsfähig bleiben“, erklärt Präsidentin Birgit Hesse. Trotz Abstandsregeln, Hygienevorschriften und verkürzten Redezeiten.

Mitte Mai dann die erste reguläre Tagungswoche seit Beginn der Krise. Schutzmaßnahmen, Lockerungen, Hilfspakete. Auch andere Themen stehen auf der Tagesordnung. Die Debatten: gewohnt lebendig, zuweilen heftig. Besonders, als AfD-Fraktionschef Nikolaus Kramer die Glaubwürdigkeit der Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Sender grundsätzlich infrage stellt: „Propaganda für die regierenden Parteien, Goebbels hätte es nicht besser machen können.“ Ein „Proteststurm“ (Nordkurier) weht durchs Plenum. Eine Antwort geben unsere Zuschauer: Das Bedürfnis nach Aufklärung, Einordnung und Information ist und bleibt gewaltig.

Bernd Mosebach

„*Das Bedürfnis nach Aufklärung, Einordnung und Information ist gewaltig.*“

Unser Jahresempfang war für viele Wochen eine der letzten Veranstaltungen dieser Art im Land. Mit „Corona“ übernimmt ein Mega-Thema die Spitze der Agenda. Zeitungen, Fernsehen, Hörfunk, soziale Medien – überall beherrscht die Pandemie die Inhalte. Nicht, weil jetzt alle hysterisch geworden sind, sondern weil das Virus in alle Lebensbereiche eindringt, den Alltag von fast allen Menschen verändert. Und weil das Interesse an Information riesig ist.

Im Schweriner ZDF-Landesstudio tragen wir unseren Teil bei, berichten über Auswirkungen auf die Versorgung mit Gemüse, Hefe und Klopapier, über Kurz-

damit auch der Nachrichtenagenturen hoch ist und weit vor der Glaubwürdigkeit der sozialen Medien liegt. Das Vertrauen in traditionelle Medienanbieter steigt in Krisenzeiten – eine Erfahrung, die sich auch jetzt bestätigt und eine Beobachtung, die man derzeit weltweit machen kann.

Es ist eine Hoch-Zeit des Journalismus, die Arbeitsbedingungen jedoch werden komplizierter. Verwaltungen oder Behörden sind geschlossen, Informationen sind schwieriger zu bekommen. Dreharbeiten in Krankenhäusern oder Altenheimen müssen gut vorbereitet und sensibel durchgeführt werden oder sind gar nicht möglich. Pressekonferenzen finden



Foto: Uwe Sinnecker

Entscheidungen im Krisenmodus

Ministerpräsidentin gibt Regierungserklärung zur Corona-Politik ab

■ Corona – sechs Buchstaben für eine Pandemie, die unseren Alltag seit Mitte März verändern. Bis vor Kurzem hätte sich kaum jemand vorstellen können, dass Schulen und Kitas, Hotels und Geschäfte wochenlang schließen müssen, Familien und Freunde Abstand halten sollen, Unternehmen plötzlich vor dem Aus stehen, Mitarbeiter um ihre Jobs fürchten. Um die Menschen in MV vor dem Virus zu schützen, hat die Landesregierung in den vergangenen Wochen viele Entscheidungen getroffen. Diese seien weitreichend, aber alternativlos gewesen, bekräftigte Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** in einer Regierungserklärung vor dem Parlament. Sie kündigte an, das öffentliche Leben nun schrittweise wieder hoch zu fahren. Der **AfD** gingen diese Schritte nicht weit genug. **DIE LINKE** forderte, das Parlament stärker in Entscheidungen einzubinden.

Drei Tage, 41 Themen: Nachdem die Sitzung der Abgeordneten im April auf einen Tag und wenige Reden beschränkt war, fand das Plenum in seiner Mai-Sit-

zung wieder etwas zur Normalität zurück. Eine Ausnahme: Die Aktuelle Stunde entfiel. Stattdessen hielt Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** eine Regierungserklärung:

„Das Corona-Virus ist die größte Herausforderung für unser Land seit 30 Jahren“, sagte sie. Es sei der Landesregierung nicht leichtgefallen, gewohnte Lebensweisen der Menschen – und damit auch Grundrechte – stark einzuschränken. Sie betonte, dass es sich um temporäre Maßnahmen handele. „Wir sind bemüht, so schnell wie möglich Einschränkungen auch wieder aufzuheben.“ Bislang sei MV gut durch die Krise gekommen. Auch deshalb, weil sich die Mehrheit der Bürger an die Regeln halte. Die Entwicklung der Infektionszahlen lasse es zu, das soziale und wirtschaftliche Leben nun schrittweise wieder zu öffnen. Ein fünfstufiger Plan soll MV in eine „neue Normalität“ zurückführen. Ein Weg, der aber nicht aus den Augen verlieren dürfe, dass die Pandemie noch nicht vorüber sei. Deshalb sei weiterhin Vorsicht geboten. Das bedeute auch: Wenn nötig, Entscheidungen im Tagesrhythmus zu treffen. „In einer Krise kann man sich nicht die üblichen Verfahren leisten. In einer Krise müssen wir schnell und zügig handeln.“ Sie warnte davor, angesichts der guten Zahlen in MV die Gefahr des Virus zu bezweifeln. „Was wäre der Beweis für diese Gefahr gewesen?“ Mehr Erkrankte? Mehr Tote? „Sollten wir diesen Beweis antreten? Ich glaube nicht!“

Es war Schwesigs zweite Regierungserklärung seit Beginn ihrer Amtszeit. Fast 50 Minuten lang legte sie ihre Standpunkte

dar. Danach hatten die Fraktionen Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen:

Nikolaus Kramer, Fraktionschef der **AfD**, sprach von unverhältnismäßigen Einschränkungen. Er frage sich, „ob die Folgen der Corona-Politik nicht verheerender sind als die Folgen der aktuellen Infektionslage“. Sein Vorschlag: „Lassen Sie uns mehr Schweden wagen!“

Das wies **Torsten Renz**, **CDU**-Fraktionschef, zurück. Bezogen auf eine Million Einwohner habe es in Schweden dreimal so viel Tote gegeben wie in Deutschland. „Die Katastrophe konnte nur abgewendet werden, weil Bund und Länder gehandelt haben.“ Er machte aber auch deutlich: Verordnungen alle 48 Stunden zu ändern, trage weder dazu bei, sie zu verinnerlichen, noch Vertrauen aufzubauen.

Simone Oldenburg, Fraktionschefin **DIE LINKE**, bemängelte, dass der Landtag als Gesetzgeber bei vielen Entscheidungen außen vorgelassen werde. Ihre Forderung: Ein Corona-Beirat, in dem Mitglieder der Regierung, Opposition und Koalitionsfraktionen gemeinsam Entscheidungen treffen.

Die geringen Fallzahlen seien kein Zeichen von Übertreibung, sondern ein Beleg dafür, richtig gehandelt zu haben, argumentierte **SPD**-Fraktionschef **Thomas Krüger**. Der **AfD** warf er vor, mit der Gesundheit der Bürger zu spielen, den Linken, keine eigenen Vorschläge gemacht zu haben.

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig:

„Wir haben den Anspruch als Landesregierung, jeden Tag dieser Balance gerecht zu werden.“

Foto: Jens Büttner



Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Gäste! Als wir vor knapp einem Monat hier im Landtag beraten haben, waren wir uns einig, das Corona-Virus ist die größte Herausforderung für unser Land seit dem Bestehen des Landes, seit 30 Jahren. Wir haben diese Herausforderung angenommen, wir haben Schutzmaßnahmen ergriffen, wir haben unser öffentliches Leben stark heruntergefahren, um vor allem Kontakte zu vermeiden, die das Corona-Virus befördern, wir haben unsere gewohnte Lebensweise sehr stark eingeschränkt. Gleichzeitig haben wir einen Mecklenburg-Vorpommern-Schutzfonds aufgelegt, um die Folgen eines solchen Herunterfahrens in Wirtschaft, in Arbeit und auch im sozialen Leben aufzufangen. [...]

Die Entscheidungen sind uns nicht leichtgefallen. Wir arbeiten seit vielen Jahren dafür, dass unser Land wirtschaftlich vorankommt, dass Arbeitsplätze geschaffen und gesichert werden, dass unsere Kinder in gute Kitas und Schulen gehen, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gelingt, und jetzt mussten wir plötzlich in diesen Bereichen, die uns sehr am Herzen liegen, Einschränkungen machen. Und ja, es stimmt, all diese Einschränkungen sind mit Einschränkungen unserer Grundrechte verbunden. Aber klar ist, dass die Freiheit des Einzelnen dort endet, wo eine Gefahr für viele besteht. [...]

Ich will ganz ausdrücklich sagen, dass diese Einschränkungen temporäre Einschränkungen sind. Die Einschränkungen der Grundrechte dürfen nur solange für den Einzelnen gehen, wie sie auch wirklich es rechtfertigen, rechtfertigen, weil sonst Gefahr für mehrere besteht. Und deshalb sind wir bemüht, so schnell wie möglich Einschränkungen auch wieder aufzugeben, aufzulösen, ja, und wenn es nötig ist, im Tagesrhythmus. In einer Krise kann man sich nicht die üblichen

Verfahren leisten, sondern in einer Krise müssen wir schnell und zügig handeln, um die Gesundheit zu schützen, aber gleichzeitig die Freiheitsrechte auch nicht übermäßig einzuschränken.

Und in dieser Balance stehen wir jeden Tag. Und wir haben den Anspruch als Landesregierung, jeden Tag dieser Balance gerecht zu werden. [...]

Schritt für Schritt in eine neue Normalität und die Infektionszahlen im Blick – das ist das Prinzip unseres Mecklenburg-Vorpommern-Plans, mit dem wir das wirtschaftliche und soziale Leben in unserem Land schrittweise wieder hochfahren. Es ist ein Plan in fünf Phasen: Für jeden Bereich und jede Phase haben wir offengelegt, was wir lockern wollen. Das gibt den Betroffenen Perspektiven, aber jede neue Öffnung steht auch unter dem Vorbehalt der Infektionszahlen. Wie müssen gewährleisten, dass die Infektionszahlen weiter überschaubar bleiben und unser Gesundheitssystem nicht an Grenzen stößt. Wir müssen nachverfolgen können, wo sich jemand infiziert und wie die Infektionskette durchbrochen werden kann. [...]



Foto: Jens Büttner

Nikolaus Kramer, AfD:

„Wir brauchen eine Überarbeitung der geltenden Corona-Verordnungen.“

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Landsleute!

[...] Wir leben wenige Wochen nach dem sogenannten Shutdown in einem anderen Land. Das Corona-Virus hat die Freiheit und das Leben vieler unserer Bürger in Mecklenburg-Vorpommern stark eingeschränkt. Die Gesellschaft ist verunsichert und Existenzängste sind inzwischen Realität. Zu Beginn der Krise, als noch nicht absehbar war, ob unser Gesundheitssystem in Mecklenburg-Vorpommern für die Ausnahmesituation gerüstet ist, haben wir die Landesregierung unterstützt. Das Handeln der AfD-Fraktion gemeinsam mit der Regierung hat der damals unklaren Datenlage und



Foto: Uwe Sinnecker

dem ungewissen Infektionsgeschehen Rechnung getragen. Der Wirtschaft unseres Landes wurde damit parteiübergreifend Hilfe signalisiert. Dieser Burgfrieden Anfang April war wichtig und richtig.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Die damals gebotene Einigkeit ist jetzt aber aus guten Gründen vorbei.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Torsten Renz, CDU: Aha!)*

Meine Damen und Herren, [...] es geht darum, die aktuellen Corona-Daten unseres Landes in eine vernünftige Verhältnismäßigkeit zu den von Frau Schwesig verantworteten Maßnahmen zu setzen. [...]

Sie erzeugen unnötige Kollateralschäden. [...]

*(Zuruf von Thomas Krüger, SPD –
Heiterkeit bei Martina Tegtmeier, SPD)*

Trotz dieses Umdenkens muss aber die Frage gestellt werden – da können Sie gerne lachen, Frau Tegtmeier –, ob die Folgen der Corona-Politik nicht deutlich verheerender sind als die Folgen der aktuellen Infektionslage.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

[...] Meine Damen und Herren, die nur sehr geringe Auslastung unseres Gesundheitssystems zeigt, dass wir im Vergleich zu anderen Bundesländern einen selbstbewussten Weg verstärkter Öffnung gehen können. [...]

Frau Ministerpräsidentin, die Freiheit unserer Bürger und die Funktionsfähigkeit unsres Gesundheitssystems dürfen wir nicht gegeneinander ausspielen. [...]

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, Sie haben gerade von einer neuen Normalität gesprochen. Damit meinen Sie vermutlich, dass wir einen möglichst freien Corona-Alltag schaffen. Ich warne die Landesregierung davor, dass diese neue Normalität aufgrund einer irrationalen Corona-Furcht nicht zu Isolation, Zukunftsangst und Arbeitslosigkeit unserer Bürger führen darf.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Ich möchte mich nicht an die neue Normalität gewöhnen müssen. Für mich gehört der Handschlag zur Begrüßung, das Umarmen von Freunden einfach dazu, ebenso wie ein freundliches Lächeln beim Einkaufen oder sonst wo draußen, welches hinter diesen schrecklichen Masken verborgen bleibt. Nur mit den Augen zu flirten, ist weniger zielführend. [...]

Meine Damen und Herren, wie erreichen wir diese von mir geforderte Flexibilität? [...] Wir brauchen eine Überarbeitung der geltenden Corona-Verordnungen hin zu einer Notverordnung, die nur dann greift, wenn die örtlichen Daten dies notwendig machen. [...]

Anstatt nur nach und nach die Klassen wieder hochzufahren, sollten wir nur bei einer konkreten Infektionslage in den Schulen über restriktive Schutzmaßnahmen nachdenken. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Sorgen Sie dafür, dass der Tourismus und die Gastronomie als Anker unseres Arbeitsmarktes schnellstmöglich aus der Existenznot befreit werden! Wir begrüßen daher die von uns geforderten noch im Mai startenden Öffnungen für die Tourismuswirtschaft. [...]

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, schnelles Handeln ist jetzt notwendig. Beenden Sie diese Form des Shutdowns! Unsere Bürger sind mündig und ihnen sollte zugetraut werden, dass sie in aller Freiheit eigenständig verantwortungsvoll handeln, weil die Freiheit unseren Bürgern gehört. – Herzlichen Dank!

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD
und Holger Arppe, fraktionslos)*

Torsten Renz, CDU:

„Die Pandemie ist dabei für mich auf drei Ebenen eine Zumutung für die Demokratie.“

Foto: Uwe Sinnecker



Ich möchte [...] zu Beginn noch mal [...] erinnern an den Zustand vor ein paar Wochen, nämlich in Norditalien, in Madrid oder New York, wo der Virus, die Pandemie gewütet hat und Sie Tausende von Toten gesehen haben und den Kollaps des Gesundheitswesens in diesen Ländern.

Und jedem muss es damals auch klar gewesen sein [...] wenn wir das verhindern wollen, dass es uns nicht so erwischt wie die von mir aufgezählten Regionen, dann müssen wir schnell und beherzt handeln, denn das Virus kennt keine Kompromisse und es wird auch nicht davon verschwinden, wenn wir es einfach ignorieren, so, wie Sie es jetzt wahrscheinlich zu Ihrer Maxime erklärt haben. Deswegen waren die Maßnahmen, so hart sie auch waren – vor dem Hintergrund, den ich eben beschrieben habe, vor diesen Bildern –, waren sie auch von einer großen Akzeptanz in unserem Land getragen. [...]

Und diese besondere Situation in einer Krise, Politik, Bürger in einer Demokratie, lässt mich zu einem Zitat der Bundeskanzlerin aus ihrer Regierungserklärung Ende April kommen. Die Kanzlerin sprach darin von einer Pandemie als einer, Zitat, „Zumutung für die Demokratie“. Ich teile diese Einschätzung ausdrücklich. Die Pandemie ist dabei für mich auf drei Ebenen eine Zumutung für die Demokratie.

Erstens. Die totale Entscheidungskonzentration in den Regierungen widerspricht dem Wesen unserer parlamentarischen Demokratie.

Zweitens. Die wenn auch vorübergehende, dafür aber weitreichende Einschränkung von Grundrechten ist mit unserer demokratischen Kultur im Normalfall praktisch unvereinbar.

Und drittens. Der Zwang zur sozialen Distanz kratzt am Kern unseres gesellschaftlichen und damit auch demokratischen Gemeinwesens.

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich feststellen, dass ich die Maßnahmen für richtig halte, die wegen der Pandemie getroffen wurden. Trotzdem halte ich es für wichtig, dass wir uns regelmäßig vergegenwärtigen, dass die Ausnahmesituation eine Ausnahmesituation bleiben muss.

(Beifall Daniel Peters, CDU)

[...] Meine Wahrnehmung ist die, dass ein Drittel der Bevölkerung sich eher noch härtere Maßnahmen wünscht und selbst die bisherigen Lockerungen für falsch hält, ein Drittel ist der Meinung, dass wir bereits zum Normalzustand zurückkehren sollten, und ein Drittel ist ambivalent. Je nachdem, welches Meinungsforschungsinstitut Sie beauftragen, bekommen Sie möglicherweise leicht abweichende Werte, aber aus meiner Sicht trifft es in etwa die Gefühlslage. Dieser Befund darf für uns nicht handlungsleitend sein, wir dürfen ihn aber auch nicht ignorieren. [...]

Abstand zu halten, rettet Leben. So richtig dieser Befund auch ist, so sehr berührt er den Kern unseres Gemeinwesens. Konzerte, Fankultur im Fußballstadion, Volksfeste oder auch Discobesuche gehören ebenso zu Deutschland wie der Schulbesuch, Familienfeiern oder die Skatrunde nach Feierabend. Politisch [...] politisch setze ich für die CDU-Fraktion auch in den kommenden Wochen deshalb die Themen „Schule“, „Kita“ und auch „Alten- und Pflegeheime“. Diese Themen haben für uns Priorität. Familien mit Kindern, in denen beide Eltern berufstätig sind und nicht in sogenannten systemrelevanten Berufen arbeiten, haben derzeit die Hauptlast der Pandemie zu tragen. Nicht nur, dass sie zum Teil empfindliche Gehaltseinbußen hinnehmen müssen, sie kompensieren auch noch den Ausfall unseres Schulsystems. Wir sind den Eltern schlichtweg etwas schuldig, und deswegen erwarte ich, dass wir in den kommenden Tagen und Wochen uns voll politisch in den Dienst der Eltern stellen.

Die zweite große Gruppe, die erheblich unter der Pandemie leidet, sind die Seniorinnen und Senioren in Alten- und Pflegeheimen. Sie haben ihre Angehörigen zum Teil seit Monaten nicht gesehen und leben aufgrund ihrer gesundheitlichen Situation auch noch in besonderer Isolation. Erste Lockerungen ab dem 11. Mai sind ein notwendiger Schritt und bedürfen dringend einer erweiterten Handhabe, die Infektionsschutz und Menschlichkeit vereint.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die großen Seuchen, die über die Menschheit gekommen sind, haben auch immer als Katalysator für Neues gedient. So gibt es durchaus die Theorie, dass die große Pestpandemie, bekannt als der Schwarze Tod, die Ablösung des Mittelalters durch die Renaissance begünstigt hat. Mit Vergleichen an dieser Stelle, das weiß ich selbst, sollte man vorsichtig sein, aber trotzdem, das Virus führt uns vor Augen, an welchen Stellen wir nicht so weitermachen können wie bisher, was durchaus auch nicht zum Schaden sein muss.

Simone Oldenburg, DIE LINKE:

„Die Opposition hat den verfassungsmäßigen Auftrag, die Regierung zu kontrollieren.“

Foto: Uwe Sinnecker



[...] Auch in unserem Bundesland wurde lange Zeit auf die Wissenschaft gehört, waren die Grundlagen der Maßnahmen stets die Empfehlungen des Robert Koch-Instituts und anderer renommierter Wissenschaftler und Virologen. Die Infektionszahlen bestimmten das Geschehen, Expertenmeinungen wurden geachtet und beachtet und die Einschränkungen der Grundrechte waren nachvollziehbar. Auch deshalb haben die Einwohnerinnen und Einwohner [...] überwiegend verantwortungsvoll und umsichtig sich verhalten. Sie haben dazu beigetragen, dass bisher Schlimmeres verhindert werden konnte. [...] wir danken allen, die das tägliche Leben aufrechterhalten.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)*

Auch Ihnen, sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, und euch, lieber Thomas, lieber Torsten, danken wir für das vertrauensvolle Miteinander in diesen außerordentlich schwierigen Zeiten, denn wir als Opposition waren zu Beginn in die Entscheidungen und Planungen eingebunden, wurden regelmäßig und frühzeitig informiert. Das gemeinsame Agieren beim Aufstellen des Nachtragshaushaltes, in den meine Fraktion unter anderem den Sozialfonds eingebracht hat, war beispielgebend für eine pragmatische und fraktionsübergreifende Zusammenarbeit. Das ist der richtige Weg.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
DIE LINKE und Torsten Renz, CDU)*

So soll es sein. So hätte es bleiben sollen. Aber über die Regelungen zu den Osterfeiertagen konnten wir schon nicht

mehr mitreden. Uns wurden die Reisebeschränkungen mitgeteilt und wir haben darüber diskutiert, wie wir das bereits Beschlossene bewerten, haben Fragen aufgeworfen und auch unser Unverständnis geäußert. Wir haben Änderungen vorgeschlagen, die aber gar nicht mehr umzusetzen waren, weil alles schon in Papier und Tüten war. Es war eine Diskussion im Nachhinein, weil wir eben nur ein Zuhörrecht, aber kein Mitspracherecht hatten.

Je länger die Krisenzeit dauerte, desto geringer wurde unser zeitlicher Vorlauf, unsere Überlegungen rechtzeitig in den Planungsprozess der Lockerungen einzubringen. [...] Diese Entwicklung muss schleunigst beendet werden, weil zum einen die Bürgerrechte aller Menschen in Mecklenburg-Vorpommern betroffen sind und zum anderen nicht mehr das Parlament, sondern allein die Regierung entscheidet. Der Landtag darf nicht zum Zuschauer degradiert werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

[...] die Opposition hat den verfassungsmäßigen Auftrag, die Regierung zu kontrollieren, zu kritisieren und eigene Vorschläge zu unterbreiten. Dieser Pflicht möchte meine Fraktion auch gerne nachkommen. Derzeit wird aber das gesamte Parlament vor vollendete Tatsachen gestellt, und das, obwohl es um gravierende Einschnitte in die Grundrechte wie Bewegungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und Berufsfreiheit geht. [...]



In der Debatte haben noch weitere Redner gesprochen. Die vollständigen Redebeiträge finden Sie zum Nachlesen auf der Website des Landtags (Parlamentsdokumente/ Plenarprotokolle) oder zum Nachhören auf dem YouTube-Kanal unter www.landtag-mv.de

Thomas Krüger, SPD:

„Und ich sage Ihnen, niemand in diesem Land hat gerne diese massiven Einschränkungen gemacht.“

Foto: Uwe Simmecker



Sehr geehrte Frau Präsidentin! [...] die Bereitschaft der LINKEN [auf die Aktuelle Stunde zugunsten der Regierungserklärung zu verzichten; red. Anm.] zeigt bei allen Unterschieden, Bewertung und Forderungen, die ja hier in der Debatte auch deutlich geworden sind, dass wir in dieser besonderen Situation immer das Bestreben haben, auch Dinge gemeinsam zu machen. Und für mich Beweis eines konstruktiven und lösungsorientierten Miteinanders ist auch, dass die Landtagspräsidentin regelmäßig die Fraktionsvorsitzenden und Parlamentarischen Geschäftsführer aller Fraktionen einlädt. In diesen Schalten konnten wir dann gemeinsam zeitnah durch die Ministerpräsidentin über die aktuelle Lage und die anstehenden Maßnahmen und Entscheidungen informiert werden. [...]

Damit ist klar, die Opposition war eng eingebunden, war informiert, hat die Möglichkeit auch genutzt, Fragen zu stellen, Kritik anzubringen. [...], jetzt höre ich heute, dass die Opposition mit ihren eigenen Vorschlägen gar nicht vorankommen konnte.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Zu wenig, ja.)

[...] Wir haben gemeinsam den MV-Schutzfonds verabschiedet, wir haben gemeinsam die Entschließung letztes Mal verabschiedet in der letzten Landtagswoche, und auch danach gab es ja Kontakte, wo wir miteinander uns unterhalten haben, wie man denn den Entschließungsantrag konkret umsetzt. Also Sie waren mit beteiligt.

[...] Neben den Virologen und Ärzten haben wir uns abgestimmt mit der Vereinigung der Unternehmensverbände, weil hier ging es um Arbeitsplätze, es ging um Arbeitsplätze

für Mecklenburg-Vorpommern, es geht um Wirtschaft. [...] wir haben uns natürlich auch mit den Gewerkschaften abgestimmt. [...] Und wir haben uns regelmäßig auch mit der kommunalen Ebene abgestimmt, und wir haben uns regelmäßig auch mit der wichtigsten Branche dieses Landes abgestimmt, dem Tourismusverband. Und genauso haben wir uns mit Ihnen abgestimmt, weil das alles wichtige Partner sind und auch wichtige Hinweisgeber. [...]

Wir öffnen schrittweise, wir öffnen mit Augenmaß. Wir versuchen, das Möglichste möglich zu machen, dass Kinder lernen können, dass Kinder wieder in die Einrichtungen gehen können, auch das, dass am Ende die Eltern wieder arbeiten können. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

[...] Denn noch einmal: Wir sind alle miteinander in der Pflicht, Arbeitsplätze zu erhalten in diesem Land, das gesellschaftliche Leben so weit wieder hochzufahren, wie das irgendwie möglich ist, damit wir hier auch vernünftig in Zukunft weiter wirtschaften können. Auf der einen Seite die Gesundheit beachten, auf der anderen Seite das Leben wieder hochfahren – das ist die Aufgabe, die wir haben. [...]

Ich wurde aber auch von Bürgerinnen und Bürgern angesprochen, die nicht einverstanden sind mit den Maßnahmen, die Angst haben um ihre wirtschaftliche Existenz, um ihren Arbeitsplatz, Menschen, die der Meinung sind, dass gerade bei den geringen Fallzahlen in Mecklenburg-Vorpommern die Regeln übertrieben werden, die sich sehr in ihrer individuellen Freiheit beschränkt fühlen. [...]

Und, [...], wir sind, wir sind gut beraten, diese Ängste auch wirklich ernst zu nehmen. Und ich sage Ihnen, niemand in diesem Land hat gerne diese massiven Einschränkungen gemacht, denn das sind massive Grundrechtseinschränkungen, die wir hier gemacht haben. Und ich sage hier ganz deutlich, wenn die Corona-Krise vorbei ist, müssen alle, aber auch wirklich alle Einschränkungen der Grundrechte wieder aufgehoben werden. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland muss wieder vollumfänglich gelten!

(Torsten Renz, CDU:

Das ist doch selbstverständlich.)

[...] Und an dieser Stelle ein Wort zur AfD: Sehr geehrter Herr Kramer, ich halte Ihre Rede für gefährlich,

(Thomas de Jesus Fernandes,

AfD: Oooh!)

gefährlich für das Leben der Menschen in diesem Land. Und ich bin sehr froh, dass Sie und Ihre Fraktion nicht wirklich Einfluss in diesem Land haben. Da bin ich sehr froh darüber.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Foto: Uwe Sinnecker:



[...] Sie haben gesagt, Sie haben von unverhältnismäßig und von unverhältnismäßigen Maßnahmen gesprochen. Wir haben unverhältnismäßig viel geschlossen, haben Sie wörtlich gesagt. Ich sage Ihnen, wir haben so viel geschlossen, um die exponentielle Steigerung zu unterbrechen, weil die hatten wir in Mecklenburg-Vorpommern. Die hatten wir. Und wenn wir sie nicht unterbrochen hätten, würden wir jetzt über ganz andere Dinge reden, über ganz andere Dinge reden. [...]

Ich finde noch eine andere Sache richtig: Es gibt das Sprichwort, in Krisenzeiten erkennst du deine Freunde. [...] wir haben einen milden Verlauf und können absehen, dass wir Bettenkapazitäten haben, die für uns mehr als ausreichend sind, und haben seinerzeit angeboten, erst Italien, dann Frankreich, dass man hier Menschen auch in Mecklenburg-Vorpommern behandelt, die an Covid-19 erkrankt sind. Das finde ich richtig, und ich sage dazu, sollte das Gesundheitssystem in unserer Partnerregion, dem Leningrader Gebiet, an seine Grenzen stoßen [...], dann würde ich auch hier ein Hilfsangebot sehr begrüßen.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)*

[...] Unverständnis habe ich dafür [...], wie es sein kann, dass ein hoch entwickeltes Land wie Deutschland Pandemiepläne entwickelt, Pandemie heißt ja, ein weltweites Geschehen, und dass man dann nicht auf die Idee kommt, wenn weltweit etwas passiert, dass dann die Güter zur Beseitigung dieses Problems am Ende auch knapp werden können. Ich spreche hier von den Schutzmasken, von der Schutzausrüstung. Es ist für mich unverständlich, dass wir hier keine Lager angelegt haben als Deutschland, dass wir hier keine Kri-

sensvorsorge vollzogen haben. Und ich kann nur sagen, dass Polizisten und Krankenschwestern sich selbst Masken nähern müssen, das ist ein Versagen des Staates an dieser Stelle.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ja.)

[...] Ebenso Unverständnis, meine Damen und Herren, habe ich, dass ein Hochtechnologieland wie Deutschland es nicht schafft, binnen kürzester Zeit eine App zu programmieren, mit der Kontakte sich gegenseitig informieren können.

*(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Aber Digitalunterricht können wir machen.)*

[...] ich möchte auf ein drittes Problem eingehen, ein landesspezifisches Problem: Die Ministerpräsidentin hat eben, [...] den Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern gelobt. Das ist ein Aushängeschild. Und [...] Aber es gibt innerhalb des Tourismus auch eine schwierige Seite, eine dunkle Seite, und, [...] ich finde, da sollten wir uns nicht wegducken, das sind nämlich die niedrigen Löhne. [...]

Und es reicht eben nicht nur, den Mindestlohn zu zahlen und dann obendrauf als Teil des Lohnes quasi das Trinkgeld der Beschäftigten zu verteilen. Was wir erwarten, sind schlicht und einfach flächendeckende Tariflöhne in diesem Bereich. [...]

Und, [...], ich erwarte in diesem Zusammenhang ein Bekenntnis der DEHOGA. Wir sind dabei [...] zu organisieren und zu fordern, dass die Branche Hilfe bekommt. Wenn die Branche aber Hilfe bekommt, dann erwarte ich auch, dass hier in Zukunft flächendeckend Tariflöhne gelten. [...] Herzlichen Dank!

Elterngeld: AfD fordert Verbesserungen

Teilzeit zwischen Geburten zweier Kinder soll anders berücksichtigt werden

■ Eine Familie. Das ältere Kind ist zwei Jahre alt. Die Mutter hat ein Jahr Elternzeit genommen. Ist danach an ihren Arbeitsplatz zurückgekehrt. Aber mit reduzierter Arbeitszeit. In Kürze erwartet sie ihr zweites Kind. Wenn sie nun Elterngeld beantragt, wird das Einkommen aus der Teilzeit zugrunde gelegt. Damit erhält sie weniger Elterngeld als für das erste Kind. Das ist ungerecht, sagt die AfD. Ihre Forderung: In Fällen wie diesen das Einkommen heranzuziehen, das auch für das Elterngeld des ersten Kindes maßgeblich war – sofern der Altersabstand zwischen den Kindern nicht mehr als drei Jahre beträgt. Änderungen an den gesetzlichen Regelungen könnte nur der Bundesgesetzgeber vornehmen. Die AfD drängte darauf, sich beim Bund dafür einzusetzen – fand aber keine Mehrheit.

Die derzeitige Regelung bestrafe Eltern, die nach der Geburt eines Kindes zügig mit reduzierter Arbeitszeit ins Be-



Foto: Jens Büttner

Im Landtag wurde debattiert, welche finanzielle Unterstützung für Eltern mit mehreren Kleinkindern gerecht ist.

rufsleben zurückkehren und sich dann frühzeitig für ein zweites Kind entscheiden, erklärte **Horst Förster** (AfD). Unter bestimmten Bedingungen könnten sie dann zwar von einem Geschwisterbonus beim Elterngeld profitieren. „Das gleicht die Einbuße durch die Anrechnung des geringen Teilzeiteinkommens aber nicht aus.“ Er betonte, dass es seiner Fraktion nicht darum gehe, Mütter möglichst lange an den Herd zu fesseln. „Es geht hier allein darum, auf das reale Leben eine gerechte Antwort zu finden.“ Wer den Mut habe, sich zeitnah für ein weiteres Kind zu entscheiden, dem dürfe eine zwischenzeitliche Teilzeitarbeit nicht auf die Füße fallen. „Hier geht es um eine maßvolle Korrektur im bestehenden System. Dem sollten Sie sich nicht verschließen.“

Sozialministerin **Stefanie Drese** sprach von einem respektablen Ansatz. „Ich erkenne die löbliche Absicht des An-

trags.“ Aber: „Nicht jede Verbesserung einer steuerfinanzierten Sozialleistung ist umsetzbar.“ Sie wies auf bereits bestehende Regelungen wie das Elterngeld Plus oder den Partnerschaftsbonus hin. „Beides trägt dazu bei, in Abhängigkeit von der individuellen Lebensplanung, eine nicht geringfügige Erwerbstätigkeit und eine frühere Rückkehr in den Beruf zu fördern.“ Hier trete der Unterschied zur Intention des vorliegenden Antrags deutlich hervor: „Das Elterngeld Plus soll gerade Mütter bewegen, in den Beruf zurückzukehren.“ Das Elterngeld sei in all seinen Facetten ein Erfolgsmodell und internationales Vorbild. Das zeige sich auch jetzt in der Corona-Krise, in der die Regelungen so angepasst wurden, dass werdenden Eltern keine Nachteile entstehen.

DIE LINKE hielt den Antrag für unglaubwürdig. Was auf den ersten Blick famili-

Stichwort Elterngeld

Das Elterngeld gleicht fehlendes Einkommen aus, wenn Eltern ihr Kind nach der Geburt betreuen. Seine Höhe hängt vom Einkommen aus der Zeit vor der Geburt ab. Elterngeld gibt es in drei Varianten: Basiselterngeld, ElterngeldPlus und Partnerschaftsbonus. Alle drei Varianten können auch miteinander kombiniert werden.

Das **Basiselterngeld** wurde 2007 eingeführt und wird bis zu 14 Monate lang gezahlt. In der Regel beträgt es 65 Prozent des Netto-Einkommens. Mindestens jedoch 300 Euro und höchstens 1800 Euro im Monat. Wer vor der Geburt weniger als 1240 Euro Netto-Einkommen hatte, erhält mehr als 65 Prozent.

Das **Elterngeld Plus** wurde 2015 eingeführt. In dieser Variante erhalten Eltern jeden Monat die Hälfte des Elterngeldes – aber doppelt so lang. Von dieser Regelung sollen vor allem Eltern profitieren, die während des Elterngeldbezuges in Teilzeitarbeit arbeiten wollen.

Der **Partnerschaftsbonus** soll honorieren, wenn sich Eltern die Betreuung ihres Kindes teilen und zeitweise parallel in Teilzeit arbeiten. Dann verlängert sich der Bezugszeitraum von Elterngeld Plus.

Geschwisterbonus: Den gibt es, wenn im Haushalt ein Geschwisterkind unter drei Jahren oder mindestens zwei weitere Kinder unter sechs Jahren leben. Er erhöht das Elterngeld um zehn Prozent.

Berechnungsgrundlage für das Elterngeld ist das Einkommen aus den 12 Monaten vor der Geburt bzw. vor Beginn des Mutterschutzes. Ausgeklammert werden Monate, in denen die werdende Mutter aufgrund der Schwangerschaft krank war oder in denen bereits Elterngeld für ein anderes Kind bezogen wurde. In Fällen wie diesen verschieben sich die zu berücksichtigenden Monate weiter in die Vergangenheit.

Im Zuge der Corona-Krise hat der Bund einige Regelungen für einen befristeten Zeitraum angepasst, damit werdenden Eltern beim Elterngeld keine Nachteile entstehen.

enfreundlich wirke, sei nichts anderes als ein Zugeständnis an den wirtschaftsliberalen Flügel der AfD, argumentierte **Jacqueline Bernhardt**. „Statt die Elternzeit zu nutzen, sollen Eltern animiert werden, in Teilzeit zu arbeiten.“ Das sei mit den Ansichten ihrer Fraktion nicht vereinbar. „Wir wollen, dass Eltern diese Zeit mit einem entsprechenden Elterngeld verbringen können.“ Sie hielt der AfD vor, familienpolitisch unklar zu agieren. „Auf der einen Seite wollen Sie ihr klassisches Familienbild erfüllt sehen, in dem die Erziehung und Entwicklung der Kinder Aufgabe der Frau ist.“ Auf der anderen Seite schaffe sie mit Anträgen wie diesem Anreize, nach der Geburt wieder frühzeitig arbeiten zu gehen. „Wir können aus diesen Gründen Ihrem Antrag nicht zustimmen.“

„Keineswegs ungerecht“ – so schätzt die CDU die derzeitigen Regelungen zum Elterngeld ein. Sowohl das Elterngeld Plus als auch der Partnerschaftsbonus begünstige Eltern, wenn sie während der Elternzeit Teilzeit arbeiten, sagte **Maika Friemann-Jennert**. „Darüber hinaus be-

rücksichtigt die aktuelle Regelung bereits, ob sich weitere Kinder im Haushalt befinden. Sollte das Geschwisterkind das 3. Lebensjahr bzw. zwei Geschwisterkinder das 6. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, erhöht sich das Elterngeld um zehn Prozent.“ Auch Geringverdiener blieben nicht unberücksichtigt: Bei Nettoeinkommen unter 1000 Euro steige der Prozentsatz. Nicht zuletzt habe der Bundestag im Zuge der Corona-Krise Änderungen beschlossen, von denen viele werdende Eltern in der aktuell schwierigen Zeit profitierten. „Wir werden daher den Antrag auch ablehnen.“

„Die Idee, Eltern weiter zu entlasten und noch familienfreundlichere Bedingungen zu schaffen ist gut“, meinte **Nadine Julitz** (SPD). „Zu meinem Erstaunen ist das Familienbild, das Herr Förster heute vermittelt hat, besser, als ich es sonst aus der Fraktion kenne.“ Der Antrag verschweige jedoch, dass es für die bemängelte Ungerechtigkeit bereits einen Ausgleich gebe: den Geschwisterbonus. „Dieser wird gezahlt, sofern das ältere Geschwisterkind unter drei Jahre alt ist oder zwei

Geschwisterkinder unter sechs Jahren im Haushalt leben.“ Im internationalen Vergleich stehe Deutschland mit seinem Elterngeldmodell ganz weit vorn. In den USA, etwa, gebe es weder bezahlten Mutterschutz, noch Elternzeit, Elterngeld oder Kindergeld. In Ländern wie Spanien oder Portugal sei die bezahlte Elternzeit sehr kurz. „Insofern ist Deutschland gut aufgestellt und wir werden den Antrag ablehnen.“

„Sie haben alle komplett am Thema vorbeigeredet“, resümierte **Horst Förster** (AfD). Der Antrag ziele keineswegs darauf ab, Elternzeit zugunsten von Teilzeit aufzugeben. Ihn so zu verstehen, sei absurd. „Wir haben den ganz normalen Fall im Auge, dass ein Kleinkind da ist, die Elternzeit genutzt wurde und danach die Mutter in Teilzeit gegangen ist.“ Seine Vermutung: „Im Grunde können Sie überhaupt nichts sagen, was gegen diesen Antrag spricht. Außer, dass er von der AfD kommt.“

Antrag AfD Drucksache 7/4919

Kein doppelter Rundfunkbeitrag

Zweitwohnungen von Zahlungspflicht befreit

■ Wer eine Zweitwohnung besitzt, muss dafür keinen Rundfunkbeitrag zahlen. Das hat das Bundesverfassungsgericht entschieden. Die Verfassungsrichter haben mit ihrem Urteil vom Sommer 2018 die Länder aufgefordert, bis Juni 2020 eine neue gesetzliche Regelung zu erlassen. Diese spiegelt sich nun im 23. Rundfunkänderungsstaatsvertrag wider, den die Regierungschefs der Länder im Oktober 2019 unterzeichnet haben. Damit er in Kraft treten kann, müssen auch die Länderparlamente ihm zustimmen. Der Landtag in MV hat die Änderungen mit den Stimmen von SPD und CDU beschlossen.



Foto: Cornelius Kettler

Der Norddeutsche Rundfunk mit seinem Funkhaus in Schwerin ist Teil der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (ARD) und somit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Martina Tegtmeier (SPD) bezeichnete den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als Garanten für eine seriöse, objektive und sorgfältig recherchierte Berichterstattung. Gerade in Zeiten, „in denen wir zugeschüttet werden von Bauchgefühlen und Verschwörungstheorien“, sei dies sehr wichtig. „Wir stehen zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk.“ Den Staatsvertrag anzupassen, und damit nicht mehr jede Wohnung pauschal in die Beitragspflicht zu nehmen, sei jedoch richtig. „Jeder kann nur an einem Ort Rundfunk oder Fernsehen genießen, auch wenn er mehrere Wohnungen hat. Das wird hiermit wieder geradegerückt.“

Nikolaus Kramer, Fraktionsvorsitzender der AfD, sprach dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk ab, uneingeschränkt objektiv und überparteilich zu berichten. Als Beispiel führte er unter anderem den Kinder- und Jugendkanal „Kika“ an. Darin werde die AfD als Partei charakterisiert, die versuche, den Menschen absichtlich Angst vor Flüchtlingen zu machen. „Diese Unterstellung ist nicht nur absurd. Sie ist auch Propaganda für die regierenden Parteien. Goebbels hätte es nicht besser machen können.“ Solch „unerträgliche Stimmungsmache“ sei den Beitragszahlern nicht mehr zuzumuten. Seine Forderung: Den „Zwangsbeitrag“ gänzlich abzuschaffen und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in ein Bezahlfernsehen umzuwandeln.

In Zeiten, in denen viele Fake News die mediale Welt erobern, sei sie sehr froh, dass es Medien wie NDR, ARD oder ZDF gebe, betonte **Ann Christin von Allwörden** (CDU). Hier könne sie sich darauf verlassen, dass Journalisten Informationen



Foto: Jens Büttner

„nicht ungefiltert in die Welt hinausschreien“, sondern umfassend recherchieren – und daraus ein Gesamtpaket schnüren, das den Menschen „wahre und wirkliche Informationen“ zur Verfügung stelle. „Ich kann mir vorstellen, liebe AfD-Fraktion, dass Ihnen das nicht gefällt, weil das nicht Ihre Wahrheiten sind.“ Sie jedenfalls halte es, nicht zuletzt gerade jetzt, in Corona-Zeiten, für besonders wichtig, dass es Rundfunk- und Fernsehsender gebe, die keine Fake News senden.

Den Kika mit Goebbels in Verbindung zu setzen – das wies Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** entschieden zurück. „Ein ungeheurerlicher Vergleich!“ Aus ihrer Sicht habe der Sender das von Nikolaus Kramer angeführte Beispiel gut erklärt. Ob einem ein Beitrag gefalle oder nicht, sei für die Berichterstattung nicht ausschlaggebend. „Wenn man Demokrat ist, wenn man politische Verantwortung hat, muss man das schlichtweg

aushalten. So einfach ist das.“ Die AfD könne auch nicht so tun, als käme sie in der öffentlich-rechtlichen Berichterstattung nicht vor. „Sie können doch da auch Ihre Meinung sagen!“ Anstatt solch ungeheuerliche Vergleiche zu ziehen, sollte sich die AfD lieber damit beschäftigen, welches Verhältnis sie zu Goebbels habe.

Sie habe mit Spannung verfolgt, wie die AfD hier über verfälschte Nachrichten gesprochen habe, sagte **Eva-Maria Kröger** (DIE LINKE). „Als die Corona-Krise losging, war von Ihrer Partei nichts zu hören, weil Sie völlig überfordert waren.“ Schließlich sei es plötzlich um Zusammenhalt, Rücksichtnahme und Solidarität gegangen. „Mit solchen Themen kann Ihre Partei überhaupt nichts anfangen.“ Doch jetzt, wo in der Bevölkerung der Unmut über politische Entscheidungen wachse, tauche die AfD wieder auf, um diese Wut populistisch und oberflächlich abzugreifen. „Und deshalb bin ich sehr froh, dass es die Öffentlich-Rechtlichen gibt, denn da können solche Stimmungsfänger wie Sie auch im Fernsehen und im Radio Widerspruch erfahren.“

Die AfD sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten stimmten gegen den Gesetzentwurf. DIE LINKE enthielt sich.

*Gesetzentwurf Landesregierung
Drucksache 7/4613
Beschlussempfehlung Innenausschuss
Drucksache 7/4817
Änderungsantrag SPD/CDU
Drucksache 7/4917*

Die neuen Regelungen im Detail

Die Beitragsfreiheit für Zweitwohnungen gilt laut Urteil des Bundesverfassungsgerichts für alle, die bereits nachweislich einen Rundfunkbeitrag für ihre Hauptwohnung zahlen. Die Länderchefs sind mit ihren Regelungen noch darüber hinausgegangen. Seit November 2019 wird die Beitragspflicht auch dann aufgehoben, wenn der Rundfunkbeitrag für die Hauptwohnung über den Ehepartner oder eingetragenen Lebenspartner läuft. Die Befreiung für Nebenwohnungen

erfolgt allerdings nicht automatisch: Wer sie in Anspruch nehmen möchte, muss das beim Beitragsservice beantragen. Die Länderparlamente haben den 23. Rundfunkänderungsstaatsvertrag zwar erst jetzt nach und nach ratifiziert. Praktisch angewendet wurden die Regelungen aber schon vorher. Im Zuge der Anpassungen wird außerdem gesetzlich verankert, die Daten der beitragspflichtigen Wohnungen alle vier Jahre mit dem Melderegister abzugleichen.

Enquete-Kommission beschlossen

Gremium nimmt die medizinische Versorgung im Land unter die Lupe

Foto: Cornelius Kettler



Die medizinische Versorgung in MV steht zukünftig im Fokus einer Enquete-Kommission.

■ **Demografischer Wandel. Fachkräftemangel. Technische Fortschritte. Das sind nur drei von vielen Herausforderungen, vor denen die Zukunft der medizinischen Versorgung in MV steht. Herausforderungen, die nach dem Willen von CDU, SPD und DIE LINKE als großes Ganzes beleuchtet werden sollten. Dazu haben sie in einem gemeinsamen Antrag eine Enquete-Kommission ins Leben gerufen. Deren Aufgabe: Probleme zu analysieren und Lösungen vorzuschlagen. Das Gremium soll noch vor der Sommerpause seine Arbeit aufnehmen und spätestens in einem Jahr einen Bericht vorlegen.**

„Wir haben uns Mitte März darauf verständigt, dass wir eine Enquete-Kommission einsetzen wollen. Heute also der formale Einsetzungsbeschluss“, brachte **Sebastian Ehlers** (CDU) den Antrag ins Plenum ein. Solch ein Gremium in der Zielkurve einer Wahlperiode einzusetzen, sei zwar ungewöhnlich. Die zu diskutierenden Herausforderungen seien jedoch nicht zwingend damit verbunden, wer gerade die Landesregierung oder den Gesundheitsminister stelle. „Das sind Herausforderungen, vor denen hier alle stehen – egal, ob sie Verantwortung haben oder nicht.“ Die Kommission werde sicherlich nicht jedes Detailproblem lösen können, sich aber, und davon sei er über-

zeugt, auf Grundlinien verständigen. „Ich gehe auch davon aus, dass – egal, wie die Wahlen ausgehen – die Erkenntnisse aus der Kommission in den Koalitionsvertrag der nächsten Landesregierung mit eingehen werden.“

Gesundheitsminister **Harry Glawe** begrüßte den Antrag. „Ich habe auch nicht den Königsweg. Deswegen bin ich sehr froh, dass das Parlament die Regierung in dieser Frage maximal unterstützen wird.“ Er baue auf ein kluges Konzept, das sich in den kommenden Jahren Zug um Zug umsetzen lasse. „Ich bin gespannt, welche starken Empfehlungen Sie über die Enquete-Kommission entwickeln.“ Die Ausgangslage sei gut. „Wir haben eine Krankenhausstruktur, die überleben kann und auch für die Zukunft gut aufgestellt ist.“ Im Detail gebe es aber natürlich immer Herausforderungen. Zum Beispiel in puncto Trägerschaften. „Zur Trägervielfalt gehört auch, wenn nötig, eine Re-kommunalisierung. Das will ich gar nicht in Abrede stellen.“ In einem Punkt widersprach er seinem Vorredner aber: „Es ist nicht egal, wer Gesundheitsminister ist.“

Die AfD lehnte die Kommission ab. Zu teuer und zu kurzfristig, argumentierte **Dr. Gunter Jess**. Binnen zwölf Monaten Gutachten erstellen, Anhörungen durchführen und einen Bericht verfassen zu wollen, sei unsolid. Welche Kosten auf den Steuerzahler zukommen – dazu sage der Antrag nichts. Die letzte Enquete-Kommission, „Älter werden in MV“, habe jedenfalls knapp vier Millionen Euro gekostet. „Wir meinen, dass in Zeiten übermäßiger Finanzunsicherheit aufgrund der Corona-Krise eine Kosten-Nutzen-Abwägung zu Ungunsten des Antrags ausfällt.“ Der Blick auf frühere Kommissionen zeige zudem, dass vielen Vorschlägen die Umsetzung fehle. Die Oppositionsfraktion sieht vor allem das Ministerium in der Pflicht, Lösungsansätze zu erarbeiten. Sie stimmte gegen die Einberufung der Kommission, kündigte aber an, sich trotzdem darin beteiligen zu wollen.

„Eine bedarfsgerechte, gute und erreichbare Gesundheitsversorgung ist elementarer Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge“, hob **Julian Barlen** (SPD) hervor. Gegenwärtig vergehe jedoch kaum ein Monat, in dem Personalmangel

nicht zu lokalen Versorgungsengpässen führe oder Leistungserbringer nicht laut über Strukturanpassungen nachdenken. Die Bürger erwarteten deshalb zurecht, dass sich die Politik hier engagiere. Zentrales Anliegen dabei: Einen Einklang zwischen dem Anspruch auf gute Versorgung und der tatsächlichen Versorgungsstruktur herbeizuführen. Das obliege in Deutschland aber nicht allein der Politik. „Bei uns herrscht der Grundsatz der Selbstverwaltung.“ Ihm sei bewusst, dass sich hier teils gegenläufige Interessen gegenüberstünden. „In der Enquete-Kommission haben wir es mit einer Aufgabe zu tun, die nur gelöst werden kann, wenn alle an einem Strang ziehen – und zwar in dieselbe Richtung.“

Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE eröffne eine Enquete-Kommission die Chance, jahrelange Versäumnisse der Landesregierung wett zu machen und Gesundheitspolitik vorausschauend zu gestalten. „Wir sind Miteinreicher, weil es vieles gibt, was sich ändern muss“, verdeutlichte **Torsten Koplin**. Die Herausforderungen seien groß. Sie alle anzupacken – dafür werde die verbleibende Legislaturperiode nicht ausreichen. Er forderte daher, sich zunächst vier besonders drängenden Themen zu widmen: der Fachkräfteentwicklung, den strukturellen Problemen in der Krankenhauslandschaft, der Versorgungssicherheit mit Medizinprodukten sowie der Digitalisierung. „Wir freuen uns sehr auf die Arbeit in der Kommission.“

„In den vier Punkten sind wir eng miteinander“, erwiderte **Sebastian Ehlers** (CDU). „Da können wir gemeinsam schon heute einen Haken hinter machen.“ Der Zeitplan sei ambitioniert, aber leistbar. Dem Vorwurf, keine Angaben zu den Kosten gemacht zu haben, setzte er den Einsetzungsbeschluss der AfD zum AWO-Untersuchungsausschuss gegenüber. Darin seien auch keine konkreten Kosten beziffert worden. „Also, Dr. Jess: Machen Sie Ihre Hausaufgaben, bevor Sie uns hier kritisieren.“ Inzwischen koste der Ausschuss den Steuerzahler nämlich jährlich eine Million Euro. „Da kann man schon mal die Frage stellen, ob das den Erkenntnisgewinn rechtfertigt.“

Antrag CDU, SPD, DIE LINKE
Drucksache 7/4928



Das Mahnmal „Die Mutter“ erinnert in Raben Steinfeld bei Schwerin an den Todesmarsch der Häftlinge des Konzentrationslagers Sachsenhausen 1945.

Foto: Cornelius Kettler

75 Jahre Frieden!

Landtag erinnert an das Ende des 2. Weltkrieges und der Nazi-Herrschaft

■ Am 8. Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg. Und mit ihm die Herrschaft der Nationalsozialisten. Die Corona-Krise hat großen Feierlichkeiten zum 75. Jahrestag bundesweit einen Strich durch die Rechnung gemacht. Vielerorts wurden deshalb im kleinen Kreis Kränze an Mahnmalen und Gedenkstätten niedergelegt. Auch im Landtag haben die Abgeordneten an das historische Datum erinnert. In einem gemeinsamen Antrag unterstrichen SPD, CDU und DIE LINKE die Bedeutung des 8. Mai als Tag der Befreiung. Aus Sicht der AfD eine viel zu einseitige Betrachtung.

„Für uns ist der 8. Mai ein Tag der Mahnung, Erinnerung und Begegnung. Vor allem aber ein Tag, an dem wir der Opfer des NS-Regimes und der Kriegstoten gedenken, ohne jemals zu vergessen, von wo der Weltbrand ausging“, bekräftigte **Peter Ritter** (DIE LINKE). Er warnte vor einer geschichtsverfälschenden Verharmlosung der NS-Verbrechen und richtete seinen Blick dabei auch auf die AfD im Landtag. „Dem muss und dem wird entschiedener Widerstand in diesem Hohen Hause entgegengesetzt werden.“ Angesichts zunehmender rechtspopulistischer Entwicklungen sei es wichtig, „dass sich der Landtag heute mit seiner Mehrheit dazu verpflichtet, alle Initiativen zu unterstützen, die die Erinnerung an die Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus und die Gräueltaten des 2. Weltkrieges bewahren.“ Dazu gehöre für ihn auch, den 8. Mai zu einem gesetzlichen Feiertag zu erklären. „Ich würde mir wünschen, dass unser gemeinsamer Antrag die Debatte neu entfacht.“

„Der 8. Mai ist ein ganz besonderer Tag“, betonte Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig**: Er habe den Menschen ermöglicht, in Frieden und Freiheit zu leben. „Er ist gleichzeitig aber auch der Tag, der uns immer vor Augen führt, welche historische Verantwortung wir weiter haben.“ Sie erinnerte daran, dass der Krieg unsägliches Leid über die ganze Welt gebracht und mehr als 60 Millionen Menschen das Leben gekostet habe. Dafür gebe es keine Rechtfertigung und keine Entschuldigung. Der Jahrestag mahne und verpflichte daher, für Menschlichkeit und Miteinander einzutreten und Gewalt, Diskriminierung und Rassismus zu ächten. „Menschen, die unsere freiheitliche, demokratische Grundordnung in Frage stellen, die das Land spalten, Hass und Hetze schüren – ihnen müssen wir entschlossen entgegengetreten.“ Eine Aufgabe, die alle etwas angehe: Staat, Gesellschaft, Lehrer, Eltern, Vereine, Wirtschaft, Medien, jede und jeden einzelnen.



Foto: Jens Büttner

Wie an der Mahn- und Gedenkstätte Wöbbelin erinnerten vielerorts Menschen mit Blumen an die Opfer des Zweiten Weltkrieges.

Ja, der 8. Mai sei ein Tag der schmerzhaften Erinnerung an die NS-Schreckensherrschaft. „Das ist aber nicht alles“, entgegnete **Horst Förster** (AfD). „Die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht bedeutete auch die totale Niederlage und Unterwerfung unter die Siegermächte.“ Damit verbunden seien auch Flucht und Vertreibung, Stalinismus, Verlust der Ostprovinzen und die Teilung der Nation. Er warf den Antragstellern vor, die deutschen Opfer zu vergessen. Das schade der Glaubwürdigkeit des Gedenkens. „Der 8. Mai hat viele Facetten und eignet sich in seiner Vielschichtigkeit nicht für eine pauschale und undifferenzierte Etikettierung.“ Das historische Erleben der Deutschen dürfe nicht ausgeblendet werden. Deshalb: „Erinnerung ja, aber nicht in einer auf ewig angelegten geistig-seelischen Zermürbung. Und vor allem nicht so, dass sie politisch instrumentalisiert wird.“ Genau das tue der Antrag aber, „um in neu praktizierter Volksfrontmanier gegen die AfD zu agieren“.

„Zweifelsohne ist der 8. Mai auch verbunden mit einer militärischen Niederlage und einer Kapitulation“, erwiderte **Ann Christin von Allwörden** (CDU). „Dazu kam es aber nur, weil das Deutsche Reich aus perfiden Motiven die Welt in den mörderischsten Krieg der Menschheitsgeschichte gestürzt hatte.

Deshalb steht am 8. Mai auch gerade nicht die militärische Niederlage im Vordergrund, sondern einzig und allein die Befreiung vom nationalsozialistischen Terror.“ Die Vergangenheit verschwinde nicht – auch nicht, wenn man fest die Augen schließe. Deutschland stehe in der Pflicht, an den nationalsozialistischen Schrecken zu erinnern, ihn auf ewig zu ächten und dafür zu sorgen, „dass der Ungeist in Deutschland niemals mehr eine Chance hat“. Eine Aufgabe, die mit der Zeit nicht einfacher werde. Die Zahl der Zeitzeugen sinke, der kollektive Schmerz nehme ab. „Der Rechtsextremismus erlebt erkennbar eine Renaissance.“ Umso wichtiger sei es, genau hinzuschauen und zu widersprechen, wenn Menschen zu Hass und Hetze aufrufen.

Holger Arppe (fraktionslos) erinnerte daran, dass heute vor 72 Jahren, am 14. Mai 1948, der Staat Israel gegründet wurde. Auch das sei eine Konsequenz aus den Gräueln der Nazi-Herrschaft gewesen. Aus seiner Sicht passe es deshalb nicht zu einer zeitgemäßen Erinnerungskultur, dass Deutschland mit dem Terrorregime in Teheran „gemeinsame Sache“ mache. „Und dazu passt auch nicht, dass Sie die Augen verschließen vor dem Antisemitismus, der durch Ihre Migrationspolitik hier zu Hunderttausenden ins Land gekommen ist.“

Auch wenn der Krieg inzwischen 75 Jahre zurückliege: „In vielen Familien gehören die Emotionen und Geschichten noch zum Alltag“, betonte **Thomas Krüger**, Fraktionschef der SPD. Mit Sorge betrachte er, wie rechtsextremistische Einstellungen gerade jetzt wieder eine Renaissance erlebten. „Mit der AfD gibt es einen politischen Arm des Rechtsextremismus in den Parlamenten.“ Die Auffassung der AfD, wonach Deutschland am 8. Mai 1945 auch seine Gestaltungsmöglichkeiten verloren habe, wies er zurück. „Ich will Ihnen sagen, wann der Verlust der Gestaltungsmöglichkeiten für das deutsche Volk war: am 23. März 1933“, als das Ermächtigungsgesetz verabschiedet wurde. „Der 8. Mai ist ein Tag der Befreiung!“ Ein Datum, ab dem es perspektivisch wieder möglich gewesen sei, ein demokratisches System aufzubauen. Abschließend sagte er: „Wir werden niemals wieder zulassen, dass Rechtsextremisten in Deutschland, in Europa einen Krieg anzetteln können.“

Am Ende der Debatte wurde der Antrag mit den Stimmen von SPD, CDU, DIE LINKE und der fraktionslosen Abgeordneten Christel Weißig verabschiedet. Die AfD und der fraktionslose Abgeordnete Holger Arppe stimmten dagegen.

Antrag SPD, CDU, DIE LINKE
Drucksache 7/4912



Foto: Jens Büttner

Drei Viertel der Pflegebedürftigen werden zu Hause betreut.

Keine Pflege à la Elternzeit

DIE LINKE scheitert mit bezahlter Pflegezeit von bis zu 36 Monaten

■ Wer berufstätig ist und Angehörige pflegt, soll nach dem Willen der Linksfraktion bis zu 36 Monate lang seine Arbeitszeit reduzieren oder unterbrechen können und in dieser Zeit – ähnlich wie Eltern in der Elternzeit – Lohnersatzleistungen erhalten. DIE LINKE griff damit einen Vorschlag aus dem unabhängigen Beirat der Bundesregierung zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf auf. Die Koalitionsfraktionen lehnten es mit Blick auf Kosten und bereits bestehende Regelungen ab, die Landesregierung zu einem entsprechenden Engagement auf Bundesebene zu verpflichten.

„Die Pflege durch Angehörige oder nahestehende Personen ist eine der tragenden Säulen im Pflegesystem. Doch wer trägt die Pflegenden?“, fragte **Torsten Koplín** (DIE LINKE). Gemessen an der Einwohnerzahl lebten in MV bundesweit die meisten Pflegebedürftigen: rund 92.000. „Drei Viertel von ihnen werden zu Hause betreut.“ Die Belastungen für die Pflegenden seien enorm. Körperlich und mental. „Zu den Sorgen um das pflegebedürftige Familienmitglied und die Anstrengungen der Pflege dürfen nicht auch noch Sorgen um die eigene Existenz kommen.“ Sei-

Hintergrund

Wer Angehörige pflegt und dies mit seinem Beruf in Einklang bringen muss, kann derzeit gegebenenfalls auf diese Regelungen zurückgreifen:

- Kurzzeitige Arbeitsverhinderung: Wer in einer akuten Pflegesituation eine bedarfsgerechte Pflege organisieren oder sicherzustellen muss, kann dafür bis zu zehn Tage der Arbeit fernbleiben. Die Pflegebedürftigkeit muss dabei mindestens dem Pflegegrad 1 entsprechen. Der Anspruch gilt unabhängig von der Betriebsgröße. Für die Zeit der Freistellung kann als Lohnersatz Pflegeunterstützungsgeld beantragt werden.
- Pflegezeit nach dem Pflegezeitgesetz:

Hier können sich Arbeitnehmer bis zu sechs Monate vollständig oder auf Teilzeitbasis freistellen lassen. Bedingung: Der pflegebedürftige Angehörige hat mindestens Pflegegrad 1 und wird zu Hause gepflegt. In dieser Zeit besteht Anspruch auf ein zinsloses Darlehen. Der Rechtsanspruch auf Pflegezeit gilt nur in Betrieben mit mehr als 15 Beschäftigten.

- Familienpflegezeit nach dem Familienpflegezeitgesetz: Hier können Arbeitnehmer ihre reguläre Arbeitszeit für bis zu 24 Monate auf mindestens 15 Wochenstunden reduzieren. Voraussetzung sind auch hier mindestens Pflegegrad 1, häusliche Pflege und ein Arbeitgeber mit mehr als 25 Beschäftigten (ohne Azubis).

- Begleitung in der letzten Lebensphase: Hier können Arbeitnehmer bis zu drei Monate lang ihre Arbeitszeit reduzieren oder sich eine gänzliche Auszeit nehmen. Ein Pflegegrad ist nicht erforderlich. In der Zeit kann ein zinsloses Darlehen in Anspruch genommen werden. Der Rechtsanspruch gilt nur in Betrieben mit mehr als 15 Beschäftigten.
- Im Zuge der Corona-Krise hat die Bundesregierung manche Regelungen zugunsten pflegender Angehöriger für einen befristeten Zeitraum vereinfacht. Dazu gehören unter anderem Antragsfristen, wöchentliche Mindestarbeitszeiten und die Bezugsdauer des Pflegeunterstützungsgeldes.



Einen Angehörigen zu pflegen, verbindet.

Foto: Jens Büttner

ne Forderung deshalb: Eine Pflegezeit von bis zu 36 Monaten in Vollzeit- und Teilzeitvarianten, in der Lohnersatzleistungen gezahlt werden. Diese sollen sich, ähnlich wie bei der Elternzeit, am Gehalt der letzten Monate orientieren und auch Selbstständige einbeziehen. Für Rentner und Bezieher von Sozialleistungen wäre ein anrechnungsfreier Mindestbetrag vorgesehen. Das würde die bestehenden Gesetze zur Pflegezeit und Familienpflegezeit weiterentwickeln, so Koplín: Diese seien aufgrund geringer Inanspruchnahme bislang nicht mehr als ein stumpfes Schwert.

Wer Angehörige pflege, stelle viele eigene Interessen zurück, nicht zuletzt auch finanzielle, pflichtete Sozialministerin **Stefanie Drese** bei. Die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu verbessern, sei zwingend notwendig. Mit dem Pflegezeitgesetz, dem Familienpflegezeitgesetz sowie dem Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Pflege und Beruf habe der Bund bereits wichtige Rahmenbedingungen geschaffen. „An ihnen sollte angeknüpft werden.“ Sie habe bereits eine von allen Ländern unterstützte Initiative auf den Weg gebracht. Diese greife auch Empfehlungen aus dem Bericht des unabhängigen Beirats auf. „Die Bundesregierung wurde um Prüfung möglicher Lösungsansätze gebeten“ – auch in Bezug auf eine steuerfinanzierte Lohnersatzleistung. „Sie sehen: Mecklenburg-Vorpommern und das zuständige Ministerium haben ihre

Hausaufgaben gemacht. Insoweit freue ich mich, dass mich die Opposition in dieser Sache im Wege des Antrags vollumfänglich unterstützt.“

Thomas de Jesus Fernandes (AfD) sprach von einem dünnen und halberzigen Antrag. Er verwies darauf, dass DIE LINKE im Bundestag ebenfalls gerade einen Antrag zum Thema Pflege eingebracht habe. Mit einem Maßnahmenplan, der das, was hier gefordert werde, überhaupt nicht enthalte. Anstatt die Landesregierung aufzufordern, auf Bundesebene aktiv zu werden, hätte die Linksfraktion bei ihrer eigenen Partei anfangen sollen. „Sie sitzt da nämlich.“ Er warf den Linken vor, es nicht ernst zu meinen. Als Beispiel führte er den Gesetzentwurf für ein Landespflegefördergeld an, mit dem die AfD-Fraktion im Januar im Landtag gescheitert ist. „Den hätten Sie unterstützen können.“ Er dankte der Sozialministerin für die warmen Worte. „Für mehr allerdings auch nicht.“ Sowohl das Familienzeitgesetz als auch das Pflegezeitgesetz seien an betriebliche Mindestgrößen gekoppelt. „Und das ist genau das Problem.“ Denn: 86,5 Prozent der Betriebe in MV fielen nicht darunter. „Damit hat von diesen Regelungen fast überhaupt keiner was im Land.“

Pflegende Angehörige zu unterstützen sei ein wichtiges und gerechtfertigtes Anliegen, betonte **Maika Friemann - Jennert** (CDU). „Dies darf jedoch nicht zu Lasten der Wirtschaft und der vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen in MV führen.“ Sie vermisse für den vorgeschlagenen Rechtsanspruch auf bezahlte Freistellung eine Mindestbetriebsgröße. „Gerade für kleine und Kleinbetriebe dürfte eine Freistellung und ein Rückkehrrecht an den Arbeitsplatz nach bis zu 36 Monaten auch vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels nur sehr schwer zu bewältigen sein.“ Zudem hätten viele Unternehmen auch noch auf lange Sicht mit den Corona-Folgen zu kämpfen. Das Einkommen als Maßstab heranzuziehen, würde dazu führen, dass die meisten pflegenden Angehörigen in geringerem Umfang von der bezahlten Pflegezeit profitierten. Der Vorschlag der Linksfraktion sei daher ein falsches Instrument. „Besser wäre es, die vorhandenen Leistun-

gen, beispielsweise die Familienpflegezeit oder das Pflegegeld, fortlaufend zu optimieren und weiterzuentwickeln.“

„In der Sache bin ich ganz dicht bei Ihnen“, versicherte **Jörg Heydorn** (SPD) den Antragsstellern. „Wir müssen uns auf der anderen Seite aber auch vergegenwärtigen, in welcher Situation wir uns befinden.“ Nämlich in einer „fulminanten Krise“. Kurzarbeitergeld, Wirtschaftsförderung, Arbeitslosigkeit, Unternehmensinsolvenzen, fast 100 Milliarden Euro Steuerverluste – all das seien gerade große Themen. Niemand könne abschätzen, wie sich das weiter entwickeln werde. Über allem stehe die Frage: „Wie wird das zu bewältigen sein?“ Auch wenn er Sinn und Zweck des Antrags keinesfalls in Abrede stelle: „Zum jetzigen Zeitpunkt sollte man sich da zurückhalten und erst mal gucken, dass man das, was aktuell auf der Agenda steht, ordentlich bewältigt.“ Die gegenwärtige Lage lasse nicht zu, da noch mal ordentlich was drauf zu packen.

„Wir greifen auf Überlegungen Dritter zurück, die uns sehr plausibel erschienen“, verteidigte **Torsten Koplín** (DIE LINKE) den Vorstoß für eine bezahlte Pflegezeit. Dass seine Bundestagsfraktion „in die gleiche Kerbe haut, aber nicht ganz so tief“, hänge mit der Bewältigung der Corona-Pandemie zusammen. Seine Fraktion habe auch nicht den Anspruch, im Fahrwasser einer Bundestagsfraktion zu schwimmen. „Wir bemühen uns da sehr wohl um eigenständige Ansätze.“ Das Recht auf bezahlte Pflegezeit nicht an eine Betriebsgröße zu koppeln und damit Mitarbeiter kleinerer Betriebe nicht von der Regelung auszunehmen, sei schwierig. „Das sehen wir auch so. Aber wenn man das nicht als eine politische Zielvorstellung angeht, dann wird das auch nichts.“ Die Corona-Krise zeige deutlich, wie systemrelevant Pflegekräfte seien. Nicht zuletzt auch deshalb dürfe ihre Leistung jetzt nicht aus dem Blick geraten.

Antrag DIE LINKE Drucksache 7/4930

Meldungen

Verfassungsgericht mit neuer Spitze

Das Landesverfassungsgericht hat eine neue Präsidentin: Monika Köster-Flachsmeyer. Sie wurde während der Sitzungswoche des Landtages im Mai 2020 mit 48 von 68 abgegebenen Stimmen zur Nachfolgerin des langjährigen Präsidenten Burkhard Thiele gewählt. Vizepräsidentin wurde Dr. Ulrike Lehmann-Wandschneider (47 Stimmen). Damit wird das Gericht erstmals von einer weiblichen Doppelspitze geführt. Insgesamt wählte das Parlament sieben Richterinnen und Richter bzw. stellvertretende Mitglieder. Die zur Wahl stehenden Personen hatte gemäß Landesverfassung der besondere Ausschuss des Landtages zur Wahl vorgeschlagen. Abweichend von der Tagesordnung befassten sich die Abgeordneten an zwei Sitzungstagen mit der Wahl. Grund hierfür war, dass die Kandidatin Barbara Borchardt zunächst die für die Wahl zum ordentlichen Mitglied des Gerichts erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit verfehlte. Nach einer zwischenzeitlichen Sitzung des besonderen Ausschusses erhielt die ehemalige Landtagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE bei einer erneuten Wahl schließlich 50 von insgesamt 69 abgegebenen Stimmen. Bei der Vereidigung der neuen Richterinnen und Richter verließen Mitglieder der AfD-Fraktion aus Protest gegen die Wahl Borchardts den Plenarsaal.

Das Landesverfassungsgericht in Greifswald ist – wie Landtag und Landesregierung – ein Verfassungsorgan des Landes. Es tritt nur bei Bedarf zusammen. Ihm gehören sieben reguläre und sieben stellvertretende Mitglieder an. Sie werden vom Landtag in geheimer Wahl gewählt und üben ihr Amt ehrenamtlich aus. Ihre Amtszeit dauert zwölf Jahre. Nicht alle Ämter waren neu zu besetzen. Dies sind die neu gewählten Mitglieder des Landesverfassungsgerichts: Monika Köster-Flachsmeyer (Präsidentin), Dr. Ulrike Lehmann-Wandschneider (Vizepräsidentin), Dr. Andreas Kerath (Stellvertreter der Präsidentin), Barbara Borchardt (ordentliches Mitglied), Dorothea ter



Foto: Landtag MV

Landtagspräsidentin Birgit Hesse (v.l.) mit den neu gewählten Mitgliedern des Landesverfassungsgerichts; der neuen Präsidentin Monika Köster-Flachsmeyer, der neuen Vizepräsidentin Dr. Ulrike Lehmann-Wandschneider (vorn links), Nikolaus Hanenkamp (Mitte), Barbara Borchardt, Dr. Andreas Kerath (r.), Heike Lorenz (links hinten), Dorothea ter Veen (Mitte hinten) und dem Vorsitzenden des besonderen Ausschusses Philipp da Cunha nach der Eidesleistung

Veen (stellvertretendes Mitglied), Nikolaus Hanenkamp (ordentliches Mitglied), Heike Lorenz (stellvertretendes Mitglied).

Wahlvorschlag des besonderen Ausschusses Drucksachen 7/4947 und 7/4970

Unterschriften auf dem Prüfstand

Bewohnerparkkarte verlängern, Sperrmüllabholung beantragen, Bauanträge stellen – viele Verwaltungen bieten Teile ihrer Dienstleistungen bereits online an. Schwierig wird dies jedoch bei Leistungen, die eine persönliche Unterschrift des Antragstellers erfordern: Hier stößt die Digitalisierung an ihre Grenzen. Der Landtag hat deshalb einstimmig ein Gesetz zur Erleichterung der Digitalisierung in Auftrag gegeben. Die Landesregierung hat nun die Aufgabe zu prüfen, bei welchen Dienstleistungen diese sogenannte Schriftformerfordernis entfallen und damit insgesamt auf ein Minimum reduziert werden kann. Im Ergebnis soll sie bis Jahresende einen Gesetzentwurf

vorlegen. Er soll auch regeln, wie Unterschriften in erforderlichen Fällen elektronisch erfolgen können.

In einem zweiten Antrag haben die Koalitionsfraktionen das Thema Digitalisierung noch aus einer anderen Perspektive in den Landtag eingebracht: unter dem Aspekt von Klima- und Umweltschutz. Darin forderten sie die Landesregierung auf, Informations- und Kommunikationstechnologien nachhaltig zu nutzen. Zum Beispiel, indem sie Technik anschafft, die energieeffizient und gut reparierbar ist, und Altgeräte umweltfreundlich entsorgt. Und damit „Green IT“ als wichtigen Bestandteil der Digitalisierung betrachtet. DIE LINKE und die fraktionslose Abgeordnete Christel Weißig unterstützten das Ansinnen. Die AfD bezeichnete den Antrag als inhaltsleer: Diese Anforderungen seien bereits mit dem Vergabegesetz geregelt. Sie stimmte ebenso wie der fraktionslose Abgeordnete Holger Arppe dagegen.

Antrag SPD/CDU Drucksache 7/4914

Antrag CDU/SPD Drucksache 7/4915

Finanzausgleich ändert ÖPNV-Gesetz

Busse und Straßenbahnen vorzuhalten, ist eine Aufgabe, die den Landkreisen und kreisfreien Städten obliegt. Dafür erhalten sie Geld vom Land. Bisher floss es über das ÖPNV-Gesetz. Nun wird es über das Finanzausgleichsgesetz (FAG) ausgereicht. Pauschal 15 Millionen Euro jährlich – und damit laut Verkehrsminister Christian Pegel etwa vier Millionen Euro mehr als bisher. Grundlage der Finanzierung waren bis Ende 2019 sogenannte Entflechtungsmittel des Bundes. Nachdem Bund und Länder ihre Finanzbeziehungen neu geordnet haben, entfallen diese Kompensationsleistungen des Bundes. Stattdessen erhalten die Länder jetzt allgemeine Zuweisungen aus dem Umsatzsteueraufkommen, die nun über das FAG anteilig an die Kommunen weitergereicht werden. Im Zuge dessen muss das Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in MV angepasst werden. DIE LINKE bezweifelte, dass, nicht zuletzt auch durch die Corona-Pandemie, 15 Millionen Euro ausreichen, um einen bedarfsgerechten ÖPNV sicherzustellen und forderte weitere Anpassungen im ÖPNV-Gesetz. Ihr Änderungsantrag wurde abgelehnt. Die Gesetzesänderung der Landesregierung wurde mit den Stimmen von SPD, CDU und AfD angenommen. DIE LINKE und die fraktionslose Abgeordnete Christel Weißig enthielten sich.

Gesetzentwurf Landesregierung

Drucksache 7/4443

Änderungsantrag

DIE LINKE 7/4965

Unikliniken errichten Krebszentrum

Die Universitätskliniken Rostock und Greifswald arbeiten an einem gemeinsamen Spitzenforschungszentrum für Krebs. Für den Aufbau stellt das Land in den Jahren 2020 und 2021 insgesamt 2,5 Millionen Euro aus dem Sondervermögen des Strategiefonds zur Verfügung. Anschließend erhält jeder Standort jährlich Landesmittel in Höhe von einer Million Euro. Das haben die Abgeordneten des Landtags einstimmig entschieden. Die Aufbauphase soll zum 1.



Foto: Cornelius Kettler

Die Finanzierung des ÖPNV ändert sich.

Januar 2022 abgeschlossen sein. Das sogenannte „Comprehensive Cancer Center Mecklenburg-Vorpommern“, kurz CCC, legt seinen Forschungsschwerpunkt auf die Bereiche Prävention, Früherkennung und innovative Therapien. Mit dem Ziel, Patientenversorgung, Forschung und Lehre eng miteinander zu verzahnen.

Antrag SPD/CDU Drucksache 7/4916

Änderungsantrag AfD Drucksache 7/4963

Mehr Mitsprache beim Strategiefonds

Welche Projekte werden mit Geld aus dem Strategiefonds gefördert? In dieser Frage erhält der Landtag künftig mehr Mitsprache. Bislang entschied der nicht öffentlich tagende Finanzausschuss über Fördervorschläge oder Änderungen am Wirtschaftsplan des Fonds. Nun hat der Landtag das letzte Wort darüber. Konkret bedeutet das: Der Finanzausschuss macht dem Plenum einen Vorschlag zur Aufteilung der Mittel und der Landtag stimmt dann darüber ab. Mit ihrem Gesetzentwurf griffen SPD und CDU einen Fingerzeig des Landesverfassungsgerichts auf. Die Richter hatten im September 2019 auf Klage der Linken entschieden, dass der Strategiefonds an sich zwar rechtmäßig sei, gleichzeitig aber auch die Rolle des Landtages bei Entscheidungen über Einnahmen und Ausgaben hervorgehoben. Der Gesetzentwurf wurde in zweiter Lesung ohne Aussprache mit den Stimmen von SPD und CDU, bei Ge-

genstimmen von AfD, DIE LINKE und den beiden fraktionslosen Abgeordneten beschlossen. Die Linksfraktion drängte per Änderungsantrag darauf, dem Gesetzentwurf eine Entschließung anzufügen, dass das Antrags- und Vergabeverfahren nach wie vor intransparent bleibe. Das lehnten die anderen Fraktionen und die beiden fraktionslosen Abgeordneten ab.

Gesetzentwurf SPD/CDU

Drucksache 7/4615

Beschlussempfehlung Finanzausschuss

Drucksache 7/4808

Änderungsantrag DIE LINKE

Drucksache 7/4964

AfD fordert Sparkurs

Die AfD-Fraktion hält es angesichts der krisenbedingten Steuerschätzung für geboten, den beschlossenen Doppelhaushalt für 2020/2021 auf Einsparmöglichkeiten hin zu überprüfen. Ihr Ansatz: Pro Jahr mindestens 300 Millionen Euro zu sparen. Durch Konsolidierung, Umschichtungen und haushaltswirtschaftliche Sperren. Das traf auf breiten Widerstand. Sparen wäre genau das verkehrte Signal, meinte die SPD. Wer das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben wieder in Schwung bringen wolle, müsse investieren. Sie warf der AfD vor, widersprüchlich zu agieren, schließlich habe sie in anderen Anträgen der Sitzungswoche etliche Mehrausgaben gefordert. Die CDU äußerte sich ähnlich. Und ergänzte: Der Nachtragshaushalt berücksichtige bereits die geschätzten Steuerverluste



Der Bedarf an Fachkräften in der Kinderbetreuung ist nach wie vor groß.

von rund einer Milliarde Euro und sehe deshalb Einsparungen von 235 Millionen Euro im laufenden Haushalt vor. Der übrige Teil könne aus Rücklagen und Sondervermögen kompensiert werden. DIE LINKE sprach von einem substanzlosen Antrag. Die fraktionslose Abgeordnete Christel Weißig stimmte ebenfalls gegen den Vorschlag der AfD, der fraktionslose Abgeordnete Holger Arppe dafür.

Antrag AfD Drucksache 7/4925

Zu wenig Daten für Schutzschirm

Die Corona-Pandemie führt für Kommunen zu höheren Ausgaben und geringeren Einnahmen. Die AfD-Fraktion erwartet deshalb von der Landesregierung einen kommunalen Schutzschirm, der die geschätzten Einnahmeausfälle über den Landeshaushalt ausgleicht. SPD, CDU und DIE LINKE erteilten dem eine Absage. Grundlage für einen Schutzschirm – und zielführende Hilfen – seien verlässliche Daten. Die gebe es im Moment aber noch nicht. Pauschale Hilfen nach dem Gießkannenprinzip lehnten sie ab. Die fraktionslose Abgeordnete Christel Weißig enthielt sich der Stimme, der fraktionslose Abgeordnete Holger Arppe stimmte dem Antrag gemeinsam mit der AfD zu. Der Vorschlag, den Antrag zur weiteren Beratung in die Ausschüsse zu überweisen, fand ebenfalls keine Mehrheit.

Antrag AfD Drucksache 7/4921

Kita-Fachkräfte: Bedarf wird analysiert

DIE LINKE hat ihre Forderung nach mehr Kita-Erziehern erneuert. Ein Fünftel der Fachkräfte werde in den nächsten Jahren in Ruhestand gehen. Demgegenüber stehe ein hoher Betreuungsbedarf. Das Gebot der Stunde laute daher: Fachkräftesicherung! Die Oppositionsfraktion verlangte deshalb, eine Fachkräftebedarfsanalyse zu erstellen und die Ausbildungsplatzplanung zu überarbeiten. Der Bedarf an Fachkräften sei unbestritten, sagten die Redner von SPD und CDU. Aus diesem Grund werde bereits gehandelt: Eine Fachkräftebedarfsanalyse sei in Arbeit. Die zum Schuljahr 2017/18 eingeführte Ausbildung zu staatlich anerkannten Erzieherinnen und Erziehern für 0- bis 10-Jährige habe zusätzliche Ausbildungskapazitäten geschaffen. Und die Fortschreibung der Ausbildungsplanung sei ohnehin gesetzlich verankert. Die Koalitionsfraktionen stimmten daher gegen den Antrag. Die AfD und der fraktionslose Abgeordnete Holger Arppe enthielten sich.

Antrag DIE LINKE Drucksache 7/4929



Quelle: mv-serviceportal.de

Mehr elektronische Verwaltung

Wenn der Bund oder die EU neue Gesetze oder Richtlinien beschließen, kann sich das auch auf Landesgesetze auswirken. Ein Beispiel dafür ist das E-Government-Gesetz des Landes, zu dem die Landesregierung dem Landtag eine Änderung vorgelegt hat. Ein Anlass dafür ist das Onlinezugangsgesetz des Bundes. Dieses sieht vor, dass Bund, Länder und Kommunen spätestens zum 1. Januar 2023 ihre Verwaltungsdienstleistungen auch online anbieten und entsprechende Plattformen errichten müssen. MV ist im vergangenen Sommer mit einem MV-Serviceportal online gegangen. Damit dort auch Dienstleistungen angeboten werden können, bei denen man sich normalerweise über eine Unterschrift oder den Personalausweis identifiziert, müssen Möglichkeiten für einen sicheren digitalen Identitätsnachweis geschaffen werden. Der Gesetzentwurf legt dafür die Rechtsgrundlage. Ein weiterer Grund für die Anpassungen ist eine EU-Vorgabe, die öffentliche Auftraggeber verpflichtet, Rechnungen nach festgelegten Standards auch elektronisch anzunehmen. Nicht zuletzt gilt das E-Government-Gesetz ab 2023 auch für Schulen und Hochschulen. Der Gesetzentwurf der Landesregierung wurde ohne Aussprache einstimmig zur weiteren Beratung in die Ausschüsse verwiesen.

Gesetzentwurf Landesregierung
Drucksache 7/4879

Laufende Gesetzgebung

Stand: 25.05.2020

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
7/2573	SPD, CDU	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Landesverfassungsgerichtsgesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/2574	SPD, CDU	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Volksabstimmungsgesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/2575	SPD, CDU	Entwurf eines xx-ten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/4017	DIE LINKE	Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung einer Beteiligtentransparenzdokumentation beim Landtag (Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz Mecklenburg-Vorpommern - BeteilDokG M-V)	Rechtsausschuss	1. Lesung: 04.09.2019 in Beratung
7/4738	AfD	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Einführung der Elternbeitragsfreiheit, zur Stärkung der Elternrechte und zur Novellierung des Kindertagesförderungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern (Kindertagesförderungsgesetz - KiföG M-V)	-	1. Lesung: 11.03.2020 Ablehnung der Überweisung
7/4801 (neu)	LReg.	Entwurf eines Justizvollzugsdatenschutzgesetzes Mecklenburg-Vorpommern sowie zur Änderung weiterer Gesetze des Justizvollzuges	Rechtsausschuss	1. Lesung: 13.05.2020 in Beratung
7/4878	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Architekten- und Ingenieurgesetzes und des Baugesetzbuchausführungsgesetzes	Energieausschuss	1. Lesung: 13.05.2020 in Beratung
7/4879	LReg.	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des E-Government-Gesetzes Mecklenburg-Vorpommern	Energieausschuss	1. Lesung: 13.05.2020 in Beratung
7/4900	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag über datenschutzrechtliche Anpassungen am „Dataport-Staatsvertrag“ zwischen dem Land Schleswig-Holstein, der Freien und Hansestadt Hamburg, dem Land Mecklenburg-Vorpommern, der Freien Hansestadt Bremen, dem Land Niedersachsen und dem Land Sachsen-Anhalt	Energieausschuss	1. Lesung: 13.05.2020 in Beratung
7/4918	AfD	Landeskurzarbeitergeldgesetz für Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung: 13.05.2020 Ablehnung der Überweisung
7/4927	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/958 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Juni 2018 über eine Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Erlass neuer Berufsreglementierungen (Verhältnismäßigkeitsrichtlinie) in Mecklenburg-Vorpommern	Wirtschaftsausschuss	1. Lesung: 13.05.2020 in Beratung
7/4935	DIE LINKE	Entwurf eines Gesetzes zur Beteiligung des Landtages bei Maßnahmen der Landesregierung aufgrund des Infektionsschutzgesetzes	-	1. Lesung: 13.05.2020 Ablehnung der Überweisung

Abgeschlossene Gesetzgebung

im Plenum am 1. April 2020 entschieden

Stand: 03.04.2020

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
7/4443	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Mecklenburg-Vorpommern	LReg.	1. Lesung: 12.12.2019 2. Lesung: 13.05.2020	Annahme
7/4607	Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Mecklenburg-Vorpommern über die Durchführung von Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach dem Luftsicherheitsgesetz	LReg.	1. Lesung: 29.01.2020 2. Lesung: 13.05.2020	Annahme
7/4613	Entwurf eines Gesetzes zum Dreiundzwanzigsten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Dreiundzwanzigster Rundfunkänderungsstaatsvertrag)	LReg.	1. Lesung: 29.01.2020 2. Lesung: 13.05.2020	Annahme
7/4615	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens „Strategiefonds des Landes Mecklenburg-Vorpommern“	SPD, CDU	1. Lesung: 29.01.2020 2. Lesung: 13.05.2020	Annahme

Polizeibeamter sagt aus

ehemaliger Mitarbeiter der „Mobilen Aufklärung Extremismus“ (MAEX) berichtet über rechtsextreme Szene in MV

■ Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss des Landtages MV zur Aufklärung der NSU-Aktivitäten in MV tagte, nach einer Unterbrechung aufgrund des Corona-Virus, am 8. Mai wieder im Plenarsaal des Schweriner Schlosses in 38. Sitzung. Auf der Tagesordnung stand die öffentliche Zeugenvernehmung eines Polizeibeamten, der als ehemaliges Mitglied der „Mobilen Aufklärung Extremismus“ (MAEX) zu seiner Arbeit und der rechtsextremen Szene in MV befragt wurde.

Der erste Zeuge nach der Corona-bedingten Pause sprach in seiner Vernehmung unter anderem über die rechten Strukturen in MV. Auf die Frage des Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE, Peter Ritter, welche Aufgabe das Team der MAEX verfolgte, antwortete er: „... diese Truppe wurde [...] aufgestellt, dieses Dunkelfeld aufzuhellen. Das war, ganz klar, erklärtes Ziel. Das heißt, wir haben die Personen aus der Anonymität herausgeholt, wir haben sie bekanntgemacht: Wo sind die Trefforte? Welche Personen treffen sich wann, wo, mit wem? Welche Verbindungen gibt es zu anderen Personen, zu anderen Städten [...]?“

Wie sich in der Vernehmung herausstellte, existierten zu seiner Zeit als MAEX-Ermittler und dem Zeitpunkt des Mordes am Mehmet Turgut im Februar 2004, besonders in den Bereichen rund um Güstrow, Bad Doberan, Krakow am See und Bützow, rechtsextreme Netzwerke und Kameradschaften. Aber auch die Hansestadt Rostock spielte eine zentrale Rolle. So galt beispielsweise der Jugendclub „MAX“ als Treffpunkt der Szene und wurde von den Polizisten beobachtet. Zudem wohnten im direkten Umfeld des Rostocker Tatortes bekannte Neonazis. Die Befragung ergab weiterhin, dass die

Sondereinheit MAEX, trotz ihrer Funktion als Expertenteam zum Thema Rechtsextremismus, nicht in die Ermittlungsarbeit nach dem Mord in Rostock oder der sogenannten Selbstenttarnung 2011 mit einbezogen wurde.

Der 2. Parlamentarische Untersuchungsausschuss wird bis Juni 2020 weitere Zeugenvernehmungen durchführen und auch nach der Sommerpause fortführen. Im Herbst sind unter anderem die Befragungen des ehemaligen Innenministers von MV Gottfried Timm sowie die des aktuellen Ministers für Inneres und Europa Lorenz Caffier geplant.

Aufgrund des Corona-Virus und dem damit verbundenen Ausfall von Ausschusssitzungen wird es immer schwieriger, den Zeitplan einzuhalten und dem Untersuchungsauftrag vollständig nachzukommen. Ziel des Untersuchungsausschusses ist es, die Taten des NSU-Trios in MV näher zu beleuchten und unter anderem zu klären, auf welche Strukturen sie hierbei gegebenenfalls zurückgreifen konnten, um ihre Verbrechen, trotz der behördlichen Einschleusung von Vertrauenspersonen in ihr direktes Umfeld, zu begehen, ohne dabei enttarnt zu werden.

Corona-Tests im Landtag

Ergebnisse liegen vor

■ Am 13. und 14. Mai 2020 fanden im Schweriner Schloss im Zusammenhang mit dem Coronavirus (SARS-CoV-2) Tests statt. Landtagspräsidentin Birgit Hesse teilte zum Ende der Sitzungswoche des Landtages am 15. Mai mit, dass keine akuten Corona-Infektionen festgestellt wurden. Insgesamt 321 Personen hatten sich dem so genannten PCR-Test – einem Rachenabstrich-Test – unterzogen.

Zudem bestand die Möglichkeit für einen Bluttest auf Antikörper. Bei keiner der insgesamt 348 Proben konnten Antikörper nachgewiesen werden. Über

diese Angabe zur Gesamtzahl hinaus sind der Landtagsverwaltung keine Angaben übermittelt worden. Allein den Teilnehmerinnen und Teilnehmern gingen die personenbezogenen Testergebnisse persönlich per Post zu.

Den Anstoß zu den freiwilligen Tests im Landtag hatte eine Beratung zwischen der Leitungsebene der Landtagsverwaltung und dem Personalrat gegeben.

Die Landtagsverwaltung hatte daraufhin im Rahmen des Gesundheitsmanagements den eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie denen des Bürgerbeauftragten und des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit ermöglicht, sich auf freiwilliger Basis testen zu lassen. Angeboten wurden beide Tests zusätzlich auch den Abgeordneten des Landtages sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen, der Gastronomie, der Schlosswache der Polizei, der am Schloss tätigen Bau- und Reinigungsfirmen, des Schlossmuseums, der Schlosskirchengemeinde, des NDR-Landtagsstudios sowie den Mitgliedern der Landespressekonferenz.

Das Labor MVZ Westmecklenburg verantwortete die Tests und war mit eigenem Personal vor Ort.

Zwischen dem Labor und der Landtagsverwaltung wurde im Rahmen der hierzu erfolgten Verhandlungen ein Pauschalpreis vereinbart. Getragen werden die Kosten aus dem Haushalt des Landtages. Landtagsdirektor Armin Tebben: „Wir haben die Tests auf Wunsch unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angeboten. Die Parlamentsverwaltung hat in den vergangenen Wochen die Arbeitsfähigkeit des Landtages und seiner Gremien durchgehend gewährleistet. Der überwiegende Teil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter befand sich täglich am gewohnten Arbeitsplatz im Dienst. Gleiches galt für Mitarbeiterinnen der Gastronomie, von Bauunternehmen und Reinigungsfirmen sowie weiterer Partner. Der verfolgte Ansatz war deshalb, zu erfahren, wo wir angesichts des nun wieder zunehmenden Betriebes im Schweriner Schloss stehen. Die Reaktionen auf unser Angebot fielen durchgehend positiv aus.“

Improvisieren für das Provisorium

In nur sieben Wochen wurde der Landtag im Schloss eingerichtet

■ Im Oktober 2020 jährt sich zum 30. Mal der Tag, an dem der Landtag des neu gegründeten Bundeslandes MV ins Schweriner Schloss einzog. Das Jahr vor dem Einzug war eines der spannendsten und abwechslungsreichsten der jüngeren deutschen Geschichte. Am 9. November 1989 war nach 28 Jahren die innerdeutsche Grenze geöffnet worden. Bis zur Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 überschlugen sich in der DDR die Ereignisse. Manche Details drohen in Vergessenheit zu geraten. Deshalb wollen wir Zeitzeugen zu Wort kommen lassen, die diese so ereignisreiche Phase in Bezug zum Schweriner Schloss miterlebt haben und diese Details erinnern. Diesmal: **Walter Goldbeck, der das Schloss als Landtagssitz vorbereitete.**

Als im Herbst 1989 die Mauer fiel, das einst so fest gefügte Machtgefüge der DDR ins Wanken geriet und die oppositionellen Gruppen und Bewegungen an den Runden Tischen kritische Fragen stellten, war für Walter Goldbeck klar: „Wir müssen uns da einbringen.“ Er meinte damit seine Partei, die Liberaldemokratische Partei Deutschlands (LDPD), die zu den sogenannten Blockparteien der DDR zählte und Teil der von der SED geführten „Nationalen Front“ war. Der Oberschullehrer Goldbeck war im LDPD-Bezirksvorstand Sekretär für Kultur und Bildung, als „berufener Bürger“ war er Mitglied des Bezirkstags des Bezirks Schwerin. Ein halbes Jahr später war die LDPD auf dem Weg, sich zur FDP zu wandeln und Walter Goldbeck bereitete das Schweriner Schloss als Sitz des Landtages vor.

Als der Rat des Bezirks Schwerin Ende Mai 1990 abgewickelt war, folgte ihm als Übergangsinstitution die Regionalver-



Walter Goldbeck leitete 1990 den Aufbaustab zur Vorbereitung der ersten Landtagssitzung am 26. Oktober 1990. Foto: Andreas Frost

waltungsbehörde, mit dem Regierungsbevollmächtigten Georg Diederich an der Spitze. Diederich ernannte Goldbeck zum Leiter seiner Kulturabteilung und erteilte ihm Anfang September den Auftrag, das Schweriner Schloss als Sitz des Landtages zu dessen erster Sitzung am 26. Oktober vorzubereiten.

„Wir waren in einer Zwickmühle: Einerseits konnte in so kurzer Zeit nur ein Provisorium entstehen. Und es durfte ja auch nur ein Provisorium sein, denn über die Hauptstadt-Frage sollte endgültig erst der Landtag selbst entscheiden“, berichtet Goldbeck. „Aber andererseits wollten wir natürlich auch zeigen: 'Schwerin kann Landtag!'“ Zwar hatte sich im Wettstreit mit Rostock die Mehrheit der Landkreise für Schwerin als Landeshauptstadt ausgesprochen, aber die drei Regierungsbevollmächtigten der Bezirke Schwerin, Rostock und Neubrandenburg, aus denen Mecklenburg-Vorpommern entstehen sollte, waren sich immer noch nicht einig.

Zwölf Mitarbeiter der früheren Bezirksverwaltung bildeten den Aufbaustab unter Goldbeck. Sie mussten erst einmal Platz schaffen, denn das Schloss diente zahlreichen Institutionen als Unterkunft. An einem Donnerstag Anfang September traf sich der Aufbaustab mit deren Vertretern. Vier Tage später bereits herrschte ein lebhaftes Gewusel auf den Fluren und im Schloss-Vorhof. Zahlreiche LKW holten das Inventar der Schweriner Philharmonie ab. Das Or-

chester hatte seit 1978 im vierten Stock links und rechts vom Hauptturm seine Übungs- und Verwaltungsräume. Ausziehen musste auch die Außenstelle der Berliner Musikhochschule „Hanns Eisler“. „Viel Gemurre hat es darüber nicht gegeben – zumindest ist es nicht bei mir angekommen“, erinnert sich Goldbeck. Immerhin bekamen die Philharmoniker ein neues Quartier im ehemaligen Haus der Pioniere gegenüber der heutigen Staatskanzlei. Die Musikhochschul-Dependance wurde allerdings aufgelöst.

Bei der Kalkulation des vorläufigen Raumbedarfs bewies der Aufbaustab „eine gewisse hellseherische Fähigkeit“, berichtet Goldbeck. Er plante mit den vier Fraktionen, in die sich der Landtag später auch aufteilte: CDU, SPD, FDP und PDS. Letztere war die Nachfolgerin der SED. Sie ging später in der Partei DIE LINKE auf. „Warum wir das Bündnis90 beziehungsweise die Grünen nicht auf dem Schirm hatten, kann ich nicht sagen“, so Goldbeck. Das Sammelbecken der DDR-Bürgerbewegung verpasste bei der Landtagswahl im Oktober 1990 in MV den Sprung in den Landtag.

Der alte Plenarsaal von 1949, in dem seit 1952 alle drei Monate die Bezirksversammlung getagt hatte, wurde mit schnell verlegtem Teppichboden sowie neuen Stühlen und Tischen für eine flexible Sitzordnung für die erste Landtagssitzung ausgerüstet. Die Räume hinter dem Plenarsaal waren für den Landtagspräsidenten reserviert. Die Räume für die Abgeordneten wurden vor allem in den kleinen Zimmern hergerichtet, in denen im vierten Stock zu Herzogs Zeiten die Dienstmädchen und Zofen untergebracht waren. Den Trakt, der inzwischen seit Jahren der SPD-Fraktion vorbehalten ist, mussten sich 1990 drei Fraktionen teilen. Und Einzelzimmer waren für die Abgeordneten nicht vorgesehen. Rechtzeitig fertig wurden auch ein Presseraum und die Poststelle. Emails waren damals sowieso unbekannt.

„Wir haben viel in Grau und Weiß gestaltet“, berichtet Goldbeck, „es gab damals noch nicht so einen großen Repräsentationsbedarf. Vieles wurde noch improvisiert.“ Die Vorschläge kamen vor allem von einem Architekten aus der Nähe



1991 war Walter Goldbeck Fraktionsvorsitzender der FDP.

von Kiel, der den Auftrag über einen Aufbau-Berater aus Schleswig-Holstein vermittelt bekommen hatte. Unterdessen waren auch die Denkmalpfleger, die seit einigen Jahren dabei waren, die herzoglichen Räume im Schloss zu sanieren, nicht mit allen Umbauten einverstanden. Goldbeck: „Als auf einer der Marmortreppen Teppichboden verklebt wurde, war das nicht so willkommen.“

Auch der Aufbaustab hatte sich Räume im Schloss gesucht. Aber auch diese wurden im September 1990 renoviert, sodass die Mitarbeiter in diesen arbeitsvollen Wochen noch einmal eine Etage weiterziehen mussten. Die Umbauarbeiten zwangen sie zudem zu einigen Umwegen. Jedoch kannte sich nicht jeder aus auf den verwinkelten Fluren und den zahlreichen Treppen des Schlosses. So waren es denn auch Aufbauhelfer aus der Landesverwaltung Schleswig-Holsteins, die auf einem dieser Umwege auf einem zwielichtigen Spitzboden zwei alte große Särgе entdeckten. Zum Glück waren sie leer. Sie dienten früher als Transportsärgе für verstorbene Mitglieder der höfischen Gesellschaft, die offenbar seit 1918 niemand vermisst hatte.

„Ohne Hilfe aus der alten Bundesrepublik hätten wir das nicht geschafft“, sagt Walter Goldbeck, „wir hatten doch keine Ahnung von den bürokratischen Anfor-

derungen des Parlamentarismus“. Ganz praktisch halfen die Wessis auch mit damals hochmodernen elektrischen Schreibmaschinen aus. Auch die Telekommunikation funktionierte besser, als der erfahrene DDR-Bürger Goldbeck es sich erhofft hatte. „Plötzlich waren 52 Leitungen in die Bundesrepublik freigeschaltet. Auf einen Schlag!“ Die Leitungen hatten offenbar „schon immer“ ungenutzt in ihren Leitungsrohren „geschlummert“, vermutet Goldbeck.

Am Vorabend der konstituierenden Sitzung des Landtages bezogen die Abgeordneten ihre Zimmer. Aber erst wenige Stunden vor der feierlichen Eröffnung wurde der letzte Teppichboden verlegt. Walter Goldbeck kam an diesem Tag jedoch nicht als derjenige ins Schloss, der den Umbau zum Landtag zu verantworten hatte. Goldbeck war zwei Wochen zuvor für die FDP in den Landtag gewählt worden. „Es war schon ein sehr erhabenes Gefühl, zu etwas Besonderem berufen zu sein. Man war stolz, dabei zu sein, stolz etwas gestalten zu können.“

Für Schwerin als Hauptstadt hatte er selbst vor Parteifreunden in Rostock geworben. „Ich hab´ den Rostockern gesagt, sie bräuchten keinen Landtag, denn sie haben ja Wirtschaft, den Hafen, die Universität. Überzeugt habe ich dort niemanden.“ Dennoch war er sicher, dass der Landtag Schwerin zur

Chronologie

1.6. Die DDR-Regierung beschließt, alle vier Blöcke des Kernkraftwerks Nord in Lubmin bei Greifswald abzuschalten.

2.6. Der zweitklassige Polzeisportverein Schwerin unterliegt im letzten in der DDR ausgetragenen Fußball-Pokalfinale äußerst knapp gegen Dynamo Dresden mit 2:1. Das Halbfinale hatte der PSV noch als Dynamo Schwerin gegen Lok Leipzig mit 1:0 gewonnen.

16.6. Zehntausende Menschen demonstrieren in beiden deutschen Staaten gegen den § 218, der in der Bundesrepublik Abtreibungen immer noch weitgehend verbietet.

18.6. In Neubrandenburg werden die in der Bundesrepublik gesuchten RAF-Terroristen Silke Maier-Witt und Henning Beer festgenommen. Die DDR hatte ihnen und acht weiteren RAF-Mitgliedern seit Anfang der 1980er Jahre unter falschem Namen Unterschlupf gewährt.

25.6. Mehrere Tausend Arbeiter demonstrieren vor der Rostocker Neptunwerft gegen den drohenden Arbeitsplatzabbau.

29.6. Das Bundesinnenministerium teilt mit, seit Beginn des Jahres 1990 seien 190.674 DDR-Bürger in die Bundesrepublik übergesiedelt.

30.6. Zum letzten Mal kann an diesem Tag mit der DDR-Mark eingekauft werden. Mit Ablauf des Tages tritt der Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion der beiden deutschen Staaten in Kraft.

Hauptstadt bestimmen würde, denn dafür hatten die Schweriner sehr emsig geworben, so Goldbeck. „Schon als wir den Plenarsaal betraten, war mir klar: Hier bleiben wir.“

Andreas Frost

Philipp da Cunha, Mitglied der SPD-Fraktion des Landtages MV, Vorsitzender des Rechtsausschusses



Philipp da Cunha, Mitglied der SPD-Fraktion des Landtages MV, Vorsitzender des Rechtsausschusses

■ Politiker sind auch nur Menschen. Eine Binsenweisheit, die manchmal aus dem Blick gerät. Mit unserer Rubrik „Das Persönliche Dutzend“ wollen wir Ihnen in loser Folge Abgeordnete von einer anderen, persönlichen Seite zeigen. Diesmal Philipp da Cunha, (SPD-Fraktion).

Der Diplom-Ingenieur für Elektrotechnik gehört dem Landtag seit 2016 an. Er ist Vorsitzender des Rechtsausschusses

1. Ihr Lieblingsort (-platz) in Mecklenburg-Vorpommern?

Es gibt viele Orte, an denen ich gerne meine Zeit verbringe. Besonders das Wasser fasziniert mich. Beim Wassersport, wie zum Beispiel beim Segeln, „Stand Up Paddling“ auf dem Güstrower Inselfee kann die Ruhe und die umliegende Natur genossen werden.

2. Ihr Lieblingsbuch?

Die Kolumnen und Bücher von Nils Minkmar, beispielweise sein Werk „Der Zirkus“. Sein Blick auf die politische Landschaft, die SPD und ein vereintes Europa beeindruckt mich immer wieder.

3. Ihr Lieblingsfilm?

Ich bin ein Fan des Marvel Universums und der vielen verschiedenen Ableger, die dazu gehören.

4. Ihre Lieblingsmusik(er)?

Ich höre lieber Podcasts angefangen bei „Die Lage der Nation“ bis „Fest und Flauschig“.

5. Welches Vorbild beeindruckt Sie und warum?

Ich hatte nie ein explizites Vorbild. Mich haben jeweils unterschiedliche Personen auf ihre eigene Art und Weise beeindruckt. Ich bin aber stets von meinem eigenen Vater beeindruckt, da er immer versucht das Gute in allem zu sehen.

6. Ihr Motto?

Ziele erreicht man nur gemeinsam.

7. Ich kann lachen, wenn ...

ich mit meinen Freunden und meiner Familie zusammen bin. In letzter Zeit aber auch, wenn ich mir Videos von Varion auf YouTube anschau.

8. Ich ärgere mich ...

über große und kleine Ungerechtigkeiten.

9. In zehn Jahren werde ich ...

Hoffentlich noch genauso motiviert sein wie heute und andere Personen mit meinen Ideen und Vorstellungen begeistern können.

10. Hätte ich einen Wunsch frei ...

Würde ich mir wünschen, dass wir alle möglichst gesund durch die aktuelle Krise kommen.

11. Ich bin ...

stets aufgeschlossen, hilfsbereit und gerne auch für unkonventionelle, kreative Lösungen zu haben.

12. Glück ist für mich ...

wenn man den Moment genießen kann und sich auch über die kleinen Dinge des Lebens freuen kann.

Bienenquiz



1. Worin transportiert die Biene den Nektar zum Bienenstock?

- z) Im Rucksack
- b) Im Stoffbeutel
- n) In der Honigblase

2. Mit welchem Tanz zeigt eine Biene, dass sie eine gute Sammelstelle in der Nähe gefunden hat?

- e) Mit dem Rundtanz
- l) Mit dem Paartanz
- o) Mit dem Gesellschaftstanz

3. Wie viele Bienen leben in einem Bienenstock

- p) Ca 500.000 Bienen
- k) Ca 50.000 Bienen
- m) Ca 500 Bienen

4. Womit kann die Biene den Nektar aus der Blüte saugen?

- t) Mit ihrem Saugrüssel
- s) Mit ihrem Staubsauger
- u) Mit ihrem Saugarm

5. Aus welchem Material bestehen die Zellen im Bienenstock?

- a) Aus Wachs
- z) aus Staubfäden
- w) aus Holz

6. Welche Biene ist die kleinste Biene?

- r) Arbeitsbiene
- v) Königin
- d) Drohne



Bitte senden Sie das Lösungswort per Postkarte an den Landtag MV. Einfach die Karte unten ausschneiden und ab geht die Post.

Einsendeschluss: 31.8.2020

**An den Landtag MV
Öffentlichkeitsarbeit
Lennéstraße 1 / Schloss
19053 Schwerin**

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir **20 Bienengläser** des Schweriner Schlosshonig.

Die Gewinner werden schriftlich benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.
Die Adressen werden nach der Verlosung nicht gespeichert oder an Dritte weitergegeben



Foto: Landtag MV | Illustration: Uwe Sinnecker



Bitte nicht vergessen:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

Telefon

Lösungswort:

1	2	3	4	5	6



Einsendeschluss: 31.8.2020

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir 20 Bienengläser des Schweriner Schlosshonig.
Die Gewinner werden schriftlich benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.
Die Adressen werden nach der Verlosung nicht gespeichert oder an Dritte weitergegeben.

Bitte
ausreichend
frankieren

SCHLOSS SCHWERIN | SITZ DES LANDTAGES MECKLENBURG-VORPOMMERN

Landtag MV
.....
Öffentlichkeitsarbeit
.....
Lennéstraße 1 / Schloss
.....
19053 Schwerin
.....



Am 26. Mai 2020 feierte das Schloss in seiner heutigen Form seinen 163. Geburtstag. Am 26. Mai 1857 zog Großherzog Friedrich Franz II. nach 12 Jahren Bauzeit mit Prunk und Gloria in das Schweriner Schloss ein. Nötig wurden die Baumaßnahmen, weil sich das Schloss in einem schlechten baulichen Zustand befand, da es 1764 in eine Art Dornröschenschlaf verfiel und die Insel erst wieder 1835 als Herrschaftssitz bewohnt wurde. Großflächige Umgestaltungsmaßnahmen hatte die Residenz zuletzt im 16. Jahrhundert unter Herzog Johann Albrecht I. erlebt (unter anderem den Neubau der Schlosskapelle als ersten protestantischen Kirchenbau in Mecklenburg). Das heutige Schloss trägt die Handschrift zahlreicher bedeutender Architekten wie Georg Adolf Demmler, Gottfried Semper, Friedrich August Stüler und Ernst Friedrich Zwirner. Diese Entwurfsskizze entwarf Friedrich August Stüler, der damit den Entwurf Georg Adolf Demmlers entscheidend veränderte, indem er ihn um das Niklotreiterstandbild und die Prunkkuppel bereicherte.



Foto: TMV/Felix Gänsicke

▲ Mit der Botschaft „Mecklenburg-Vorpommern. Wir sind Urlaubsland.“ und der Ergänzung „Sei dabei. Zeig Herz. Auch deine Stimme bestimmt die Stimmung.“ startete MV zum Pfingstwochenende eine groß angelegte Binnenkampagne, die den Startschuss für ein nachhaltig gutes Tourismusklima im Land geben soll. Ziel ist es, das Vertrauen in den Tourismus zu stärken oder wiederherzustellen und auf dessen Beitrag zur Lebensqualität der Menschen aufmerksam zu machen. „Wir in Mecklenburg-Vorpommern sind durch und durch Urlaubsland. Unsere touristischen Betriebe an der Küste wie im Binnenland leben das. In Mecklenburg-Vorpommern gilt: Unsere Urlaubsgäste gehören zu uns. In den vergangenen Wochen jedoch konnten wir niemanden willkommen heißen. Es galt Gäste und Einheimische zu schützen. Der Tourismus ist wichtiger Pfeiler unserer Wirtschaft und prägt die Region. Freundlichkeit und Offenheit waren und sind dabei die entscheidenden Schlüssel zum Erfolg. Dies wollen wir mit unserer Initiative befördern und deshalb zum Neustart des Tourismus nach der Krise deutlich machen, dass uns Gastfreundschaft eine Herzensangelegenheit ist.“, so Birgit Hesse, Präsidentin des Landtages und des Tourismusverbandes Mecklenburg-Vorpommern, der mit seinen Partnern und in Abstimmung mit der Landesregierung für die Umsetzung der Kampagne verantwortlich ist.



LANDTAG
Mecklenburg-Vorpommern

Tag der offenen Tür
im Landtag MV
2020 abgesagt